Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit", sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Erfurt Nr. 11092

Nr. 189 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.—; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Montag, den 15. August 1921 | Anzeigenpreis: Im amtlichen Teil kostet das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang.

Nach dem 15. September keine Wirtschaftssanktionen mehr.

Paris, 13. Aug. (W. T. B.) Der Oberste Rat hat in seiner heutigen Nachmittagssitzung beschlossen, die wirtschaftlichen Sanktionen unter dem Vorbehalt aufzuheben, daß Deutschland am 31. August seine Verpflichtungen erfüllt, d. h. eine Milliarde Goldmark bezahlt gemäß dem Ultimatum von London. Nach einer Rede von Ministerpräsident Briand ist beschlossen worden, augenblicklich die militärischen Sanktionen beizubehalten.

Paris, 14. Aug. (W. T. B.) Die Bedingungen, unter denen der Oberste Rat beschloß, die wirtschaftlichen Sanktionen vom 15. September ab aufzuheben, sind, nach einer Meldung der Havas-Agentur, folgende:

Am 31. August bezahlt Deutschland die Milliarde Goldmark völlig. Es wird ein interalliierter Organismus gebildet zur Ueberwachung der Erteilung von Einfuhrbewilligungen für nach dem Rheinlande gehende Waren. Die Kommission in Koblenz wird ein Uebergangsregime ausarbeiten. Es wird eine Kontrollkommission gebildet. Bezüglich in Deutschland bestehenden Kontrollkommissionen wurde beschlossen, sie beizubehalten. Gemäß dem Vorschlag des Marschall Foch wurde eine fortschreitende Verminderung ins Auge gefaßt. Als Sitz der Luftschiffahrtskommission wird von dem interalliierten militärischen Ausschuß Versailles bestimmt. Vor Schluß der Sitzung nahm der Oberste Rat auf Briands Antrag und mit Zustimmung aller Mitglieder folgende Entschließung an:

Bei Beendigung seiner Arbeiten bestätigt der Oberste Rat abermals seinen Willen, ein enges Einvernehmen zwischen den Alliierten aufrechtzuerhalten, daß er mehr als je für unumgänzlich nötig für den Weltfrieden erachtet.

Die letzte Sitzung.

Der Oberste Rat beschäftigte sich in der Sonnabend Vormittagssitzung auch mit der Frage der Versorgung Rußlands und beschloß, einen internationalen Ausschuß, der nicht nur Vertreter der Alliierten umfassen soll, einzusetzen, um die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Der Oberste Rat soll in diesem Ausschuß durch drei Mitglieder vertreten sein. Des ferneren wurde die Orientfrage besprochen und Marschall Foch gab Aufklärung über die strategische Lage, die Lage in den Meerengen und über deren Verteidigung, die sichergestellt werden müsse für den Fall, daß ihre Neutralität durch Griechenland oder durch die Türkei verletzt werde. Außerdem besprach der Oberste Rat die finanzielle Lage Oesterreichs. Die für Oesterreich vorgesehene Hilfe ist abhängig davon, daß Amerika auf seine Hypothek auf Oesterreich verzichtet. Der amerikanische Botschafter Harvey erklärte, eine Vorlage sei im amerikanischen Parlament eingebracht worden, um diese Hypothek aufzuheben. Der Oberste Rat sprach infolgedessen einstimmig den Wunsch aus, die Regierung der Vereinigten Staaten möge diesen Entwurf möglichst bald verabschieden lassen.

Wieder einig.

Nach einem Bericht der „Havas"-Agentur hat in der Nachmittags-Sitzung am Sonnabend der Oberste Rat, bevor er sich trennte, auf den Vorschlag von Briand und mit warmer Billigung aller anderen Mitglieder des Rates folgende Tagesordnung angenommen:

Bei Beendigung seiner Arbeiten legt der Oberste Rat Wert darauf, wiederum seinen Willen zu betonen, den engen Zusammenhang zwischen den Alliierten aufrechtzuerhalten, der, wie er glaubt, mehr denn je für den Frieden der Welt unerläßlich ist.

Ueberall Gutachten.

Prüfung der Kriegsbeschuldigtenprozesse durch eine Kommission.

Paris, 13. Aug. (WTB.) Die Entschließung, die der Oberste Rat heute vormittag in der Frage der Kriegsbeschuldigten gefaßt hat, lautet wie folgt:

Entsprechend der Note der alliierten Regierungen vom 7. Mai 1920 an den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation wird eine Kommission eingesetzt, die dem Obersten Rat ihre Ansichten über die Ergebnisse der vom Reichsgericht in Leipzig eingeleiteten Verfahren, sowie über die von diesem Gerichtshof in Sachen derjenigen Personen, deren Auslieferung auf Grund von Artikel 228 des Friedensvertrages von den Regierungen gefordert wird, gesprochenen Urteile mitteilen soll. Die Kommission soll auch Vorschläge einreichen, über die künftig im Hinblick auf die Anwendung der Artikel 228 bis 230 des Friedensvertrages einzunehmende Haltung. Diese Kommission wird aus Vertretern Frankreichs, Englands, Italiens und Japans bestehen, und jedes dieser Länder soll die Möglichkeit haben, sich durch zwei Delegierte vertreten zu lassen.

Neue Konferenz im September.

Der diplomatische Berichterstatter der „Chicago Tribune", Henry Wales, glaubt zu wissen, daß Anfang September in London eine neue Tagung des Obersten Rates stattfinden werde. Bis dahin wurden einige der eingesetzten Ausschüsse zur Berichterstattung bereit sein. Auf dieser Tagung werde die Zurückführung der französischen Truppen aus dem Abschnitt Düsseldorf besprochen werden.

Briand, der Moralprediger.

Berlin, 14. Aug. (WTB.) Der Oberste Rat hat gestern abend dem deutschen Geschäftsträger in Paris nachstehendes von Briand gezeichnetes Schreiben mit gestrigem Datum übersandt:

Herr Geschäftsträger!

In Anbetracht der Schwierigkeit, die die Festsetzung einer Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien bietet, hat der Oberste Rat die Entscheidung, die ihm in dieser Hinsicht gemäß Artikel 88 des Vertrages von Versailles obliegt, vertagt. Der Oberste Rat ist sicher, daß die Bevölkerung Oberschlesiens die Gesinnung zu würdigen wissen wird, die ihn dazu geführt hat, eine übereilte Lösung abzulehnen. Im übrigen wird nichts unterlassen werden, damit dieser Aufschub so kurz wie möglich ist. Der Oberste Rat rechnet fest darauf, daß die deutsche Regierung ihrerseits das deutsche Volk auffordern wird, bis zur endgültigen Entscheidung die größte Ruhe zu bewahren, und daß sie gleichzeitig ihren ganzen unmittelbaren und mittelbaren Einfluß auf die Bevölkerung Oberschlesiens ausüben wird, damit diese die Autorität der Interalliierten Kommission achtet. Der Oberste Rat lenkt insbesondere die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die schwere Verantwortung, die sie auf sich laden würde, wenn sie es unterlassen sollte, auf ihrem Gebiete, insbesondere an den Grenzen Oberschlesiens, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um jeden Versuch zu verhindern, der darauf abzielt, Unruhen im Abstimmungsgebiet zu fördern, oder wenn sie nicht jede Zufuhr von Waffen und Munition und jeden Uebertritt von Banden oder Bewaffneten streng unterbindet.

Gegen die Abtretung der Kreise Pleß und Rybnik.

Der Berichterstatter der „Daily Mail" erklärt in einem Bericht aus Oppeln, Rybnik und Pleß, die durch die politische Vorherrschaft und die französische Besetzung von den Deutschen abgeschnitten waren und ohne Beeinflussung von deutscher Seite scheine die Bewegung gegen die Vereinigung mit Polen aufrichtig zu sein. Es scheine wegen der schlechten Finanzlage eine wirtschaftliche Unerträglichkeit zu sein, die beiden Bezirke unter polnische Herrschaft zu stellen.

Auch Polen unzufrieden.

Nach einer Havasmeldung aus Warschau hat der Ministerrat in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, an die alliierten Mächte eine Note zu richten, in der erklärt wird, daß die Vertagung der Lösung der oberschlesischen Frage Polen einen nicht wieder gut zu machenden Nachteil verursache. Die Verweisung des Problems an den Völkerrat verlängere in unnötiger Weise den Zustand der Ungewißheit, in dem sich gegenwärtig die oberschlesische Bevölkerung befinde, denn er vertage die verständigte Einrichtung einer inneren Verwaltung auf unbestimmte Zeit.

Oberschlesien vor dem Völkerbundsrat.

Die Beschlüsse des Obersten Rates in seiner Freitag-Sitzung haben fast überall wie eine Sensation gewirkt. Hatte doch Lloyd George besonders Zähigkeit bewiesen, als er an seinem Standpunkt, die Tagung des Obersten Rates sobald wie möglich stattfinden zu lassen, um zu einer Entscheidung über Oberschlesien zu kommen, festhielt. Er war mit dieser seiner Ansicht auch durchgedrungen. Das Resultat der Konferenz in Paris zeigt aber überraschenderweise, daß Frankreich sein Ziel erreicht hat, die Entscheidung hinauszuschieben, allerdings auf Kosten seiner Teilungspläne, wenn man den Erklärungen der anderen Regierungen Glauben schenken darf, die sich alle zum englischen Standpunkt bekannten.

Die Beschlüsse des Obersten Rates wirken aber auch deshalb so sensationell, weil sie in ihrer ersten zunächst bekanntgewordenen Form nicht besonders klar waren. Zuerst traf in den Nachmittagsstunden in Berlin am Freitag folgende kurze Nachricht ein:

Paris, 12. Aug. (WTB.) Die oberschlesische Frage wird durch ein Kompromiß geregelt. Man ist übereingekommen, die Angelegenheit auf Grund von Artikel 11 und 12 des Völkerbundsstatuts **dem Völkerbund zu überweisen.**

Um 11 Uhr 30 Min. vormittags sind die Vertreter der alliierten Regierungen zu einer Beratung zusammengetreten.

Ein solcher Beschluß, der die Grenzregelung einfach dem Obersten Rat entzogen und dem Völkerbund übertragen hätte, hätte mindestens eine einseitige Aenderung des Friedensvertrages bedeutet — wie schon am Sonnabend an dieser Stelle ausgeführt wurde —, gegen die Deutschland, gleichviel ob es sich davon Vorteile versprechen dürfte oder nicht, Einspruch hätte erheben müssen, weil dies sonst ein Präzedenzfall für spätere, beliebige einseitige Aenderungen hätte bilden können.

Auf Grund dieser rechtlichen Seite der Angelegenheit wurde dann wahrscheinlich die Autorität des Völkerbundes in der Form angerufen, daß man nur ein Gutachten des Völkerbundsrates verlangt. Die Entscheidung selbst soll aber letzten Endes der Oberste Rat fällen. Im Grunde genommen wird also nur eine neue Sachverständigenkommission an die Stelle der alten gesetzt, mit dem Unterschied, daß das Wort Sachverständige fehlt. Ob es dem Völkerbundsrat gelingen wird, das fertig zu bringen, was die Sachverständigenkommission und später der Oberste Rat selber nicht fertig brachte, eine Entscheidung über Oberschlesien zu treffen ohne daß die Entente in die Brüche geht, steht noch dahin. Denn das ist der wahre Sinn des Streites: Oberschlesien ist zu einem Streitobjekt zwischen Polen und Deutschland, zu einem Streitobjekt innerhalb der Entente geworden.

Der Artikel 15 der Völkerbundssatzung, der nur bei solcher Sachlage in Frage kommt, lautet:

Entsteht zwischen Bundesmitgliedern eine Streitfrage, die zu einem Bruche führen könnte, und wird diese Streitfrage nicht, wie im Artikel 13 vorgesehen, der Schiedsgerichtsbarkeit unterbreitet (Hier nicht der Fall, da kein Gutachten eingefordert! Red.), so kommen die Bundesmitglieder überein, sie vor den Rat zu bringen. Zu diesem Zwecke genügt es, wenn eine der Parteien den Generalsekretär von dieser Streitfrage benachrichtigt; dieser veranlaßt alles Nötige zu erschöpfender Prüfung und Untersuchung.

Die Parteien haben ihm so schnell wie möglich eine Darlegung ihres Falles mit allen einschlägigen Tatsachen und Belegstücken mitzuteilen; der Rat kann deren sofortige Veröffentlichung anordnen.

Der Rat bemüht sich, die Schlichtung der Streitfrage herbeizuführen. Gelingt es, so veröffentlicht er, soweit er es für zweckdienlich hält, eine Darstellung des Tatbestandes mit den zugehörigen Erläuterungen und den Wortlaut der Entscheidung.

Kann die Streitfrage nicht ausgeschlichtet werden, so erstattet und veröffentlicht der Rat einen auf einstimmigen Beschluß oder Mehrheitsbeschluß beruhenden Bericht, der die Einzelheiten der Streitfrage und die Vorschläge wiedergibt, die er zur Lösung der Frage als die gerechtesten und geeignetsten empfiehlt.

Jedes im Rate vertretene Bundesmitglied kann gleichfalls eine Darstellung des Tatbestandes der Streitfrage und seine eigene Stellungnahme dazu veröffentlichen.

Der Rat kann in allen in diesem Artikel vorgesehenen Fällen die Streitfrage vor die Bundesversammlung bringen. Die Bundesversammlung hat sich auch auf Antrag einer der Parteien mit der Streitfrage zu befassen; der Antrag ist binnen 14 Tagen zu stellen, nachdem die Streitfrage vor den Rat gebracht worden ist.

Demnach kann also der Völkerbundsrat, wenn es ihm ebenso ginge wie dem Obersten Rat, nicht einig werden zu können, die Entscheidung wieder der Vollversammlung des Völkerbundes, die für den 1. September vorgesehen ist, zuschieben. Sonderbar klingen dazu die Reden, die von den alliierten Staatsmännern in Paris dazu gehalten wurden. Erklärte doch Briand, Frankreich werde die Entscheidung des Völkerbundes ohne Vorbehalt annehmen.

Die wirkliche Bedeutung der Verweisung der oberschlesischen Frage an den Völkerbundrat scheint die zu sein, daß Frankreich nicht davor zurückschreckte, selbst auf die Gefahr des Auseinanderfallens der Entente, an seinem Standpunkt festzuhalten. Wenn Briand schon den Bruch nicht scheute, so doch gewiß Lloyd George. Anders kann man sich seine Zustimmung zu der Hinauszögerung der Entscheidung über Oberschlesien, trotzdem er bei allen anderen Ländern Unterstützung seiner Teilungspläne fand, nicht erklären.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210815-18/fragment/page=0001

Die Hilfsaktion für Sowjet-Rußland.

Ein Schuldbekenntnis des Bolschewismus.

Aus sachverständigen russischen Kreisen wird der Nachrichtenzentrale geschrieben:

In einem Aufruf der kommunistischen „Roten Fahne" werden als Ursache der Rußland bedrohenden Hungerkatastrophe der lange Krieg und die natürliche Folge der Uebergangsepoche vom Zarismus zur Republik der Arbeiter und Bauern hingestellt. Dies ist nicht unrichtig. Besonders aber stimmt das letztere. In dieser Aeußerung kann der Kundige nur ein Schuldbekenntnis des Bolschewismus sehen. Da wir nicht in den Verdacht kommen möchten, die so notwendige Hilfsaktion durchkreuzen zu wollen, so stellen wir zunächst fest, daß wir durchaus Anhänger dieser Aktion sind und sie nach allen Kräften fördern. Wenn aber das genannte führende Blatt des deutschen Bolschewismus in der gleichen Nummer an anderer Stelle davon redet, daß auch die Republik der deutschen Demokratie abgelöst werden müsse von „der deutschen Arbeiter- und Bauern-Sowjetrepublik", so ist es doch an der Zeit, nachzuweisen, wie begründet das Schuldbekenntnis ist, das die „Rote Fahne" für den Bolschewismus ablegt.

Es handelt sich bei der im Gange befindlichen Hilfsaktion nicht nur darum, den Hunger in Sowjet-Rußland zu bekämpfen, sondern vor allem auch darum, den Völkern, die zu der Hilfaktion herangezogen werden, zur praktischen Warnung den wahren Schuldigen zu zeigen: den Bolschewismus.

Gewiß, die zwanzig oder mehr Distrikte, die dem Hungeranheimfallen, haben eine furchtbare Trockenperiode hinter sich. Das zu bestreiten, wäre Unsinn. Aber der Umstand, daß die Bolschewisten seit der Besitzergreifung der Macht die für Rußland so unendlich wichtige Agarfrage, diese russische Lebensfrage, nie vom Standpunkte der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, sondern immer nur aus dem Gesichtswinkel ihrer politischen Macht behandelt haben, belastet die Herren Lenin und Trotzki mit einer furchtbaren Schuld. Daß heute in Rußland nichts da ist, womit man die Hungersnot lindern könnte, daß die elementare Hungersnot ein Land trifft, in dem man auch schon in der letzten furchtbaren Jahren hungerte, ist die Schuld des Bolschewismus.

Als sich die Bolschewisten am 15. Oktober 1917 in den Besitz der Macht setzten, war eine ihrer ersten Maßnahmen, den Großgrundbesitzern die Verfügung über ihren Besitz zu entziehen. Daß sie diesen Besitz auch der Bewirtschaftung der bisherigen Besitzer und damit der wichtigste Getreideüberschußland überhaupt der Bearbeitung und Nutzung entzogen, scheint den Sowjetgrößen gar nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein. Aber die Bolschewisten brauchten diese Maßnahme gleichzeitig als Lockmittel für den Bauern, den sie mit ihrer Herrschaft aussöhnen wollten. Daß dieser Bauer schon aus Mangel an Betriebsmitteln — wenn man auf die „Eigenart" des russischen Bauern nicht eingehen will — nicht in der Lage sein würde, den „frei" gewordenen Großgrundbesitz zu bewirtschaften, das zu übersehen war ein praktisches und wirtschaftliches Verbrechen. So wurde der größte Teil des Ueberschußlandes zur Wüste und die Bauern wurden durch die festgesetzten Umformungen auf agrarischem Gebiete in steter Unruhe gehalten, unter der ebenfalls die landwirtschaftliche Produktion litt. Die göttlichste Schöpfung der Bolschewisten waren die „Komitees für Dorfarmut", die meist aus landlosen Bauern bestanden und eine Art Aufsichtsrecht über die noch leistungsfähigen Mittel- und Großbauern hatten. Bereits 1919 mußte man die Komitees auflösen. Aber die Folgen der argarischen Agrarpolitik machten sich weiter bemerkbar.

Und die Folgen? Wenn heute gesagt wird, Rußland ist vom Hunger bedroht, so muß man dem entgegnen: Rußland hungert schon lange. Und die Völker, die den hungernden Russen heute helfen, sollten sich im eigensten politischen Interesse über die innerste Ursache dieser Hungersnot klar werden: diese Ursache ist der Bolschewismus.

*

Am Sonnabend nachmittag um 2 Uhr traten die Mitglieder des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Gewerkschaftshaus in Berlin zu der bereits angekündigten Sitzung zusammen, um über die Rußlandhilfe zu sprechen. Unter diesen waren u. a. Fimmen, Oudegest, Jouhaux, Doorberg; auch Dänemark, Tschechoslowakei, Luxemburg und England hatten Vertreter entsandt. Der polnische Vertreter hatte abgesagt, da ihn die Streitangelegenheiten zum Verbleiben in Warschau zwingen. Neben der internationalen Unterstützung der Arbeiterschaft gegenüber der hungernden russischen Bevölkerung wurde auch die Frage einer Hilfsaktion zugunsten Georgiens besprochen. Bei Erörterung der letzten Frage wurden Vertreter aus Georgien zu der Konferenz zugelassen. Sie schilderten eingehend das Elend, das durch die russische Invasion heraufbeschworen wurde, und äußerten, daß Georgien eine Hilfe nicht notwendig haben würde, wenn nicht die Sowjetarmee die Landwirtschaft zugrunde gerichtet und auch dem Bauernland durch Gewaltmaßnahmen die Bestellung der Felder verleidet hätte. Die Georgien-Vertreter traten für Sowjet-Rußland ein, forderten aber zugleich, daß bei der russischen Regierung auf baldige Zurückziehung der Sowjettruppen aus Georgien gedrängt und daß dem Land die Freiheit wiedergegeben wird. Nach mehrstündiger Beratung vertagte sich die Konferenz. Die Besprechungen wurden am Sonntag fortgesetzt.

Eisenbahnerstreik in Kassel.

Kassel, 14. August. (Amtlich.) Am 13. August, nachmittags, ist bei einigen Dienststellen des Bahnhofes Kassel-Oberstadt ein wilder Streik ausgebrochen. Einige Tage zuvor waren Teile der Arbeiterschaft an die Eisenbahndirektion Kassel mit der Forderung herangetreten, den Tagelohn der Arbeiter des Bahnbetriebswerkes dem höheren Gesamteinkommen der im Gedinge arbeitenden Hauptwerkstättenarbeiter mit rückwirkender Kraft gleichzustellen und auf die hiernach zu erwartende Nachzahlung sofort einen größeren Vorschuß auszuzahlen. Da die Lohnverhältnisse in dem Reichstarifvertrag geregelt sind, dieser zwischen Reichsverkehrsministerium und den Spitzenorganisationen der Arbeiterschaft abgeschlossen worden ist und auch nur von diesen Vertragsgegnern geändert werden kann, war die Eisenbahndirektion garnicht in der Lage, über die gestellten Forderungen zu entscheiden. Obwohl diese Verhältnisse der Arbeiterschaft genau bekannt sind, sie außerdem aber auch davon Kenntnis hatte, daß die Eisenbahndirektion über die gestellten Forderungen ans Reichsverkehrsministerium berichtet hat und dort die Verhandlungen bereits aufgenommen worden sind, ist der Streik begonnen worden, ohne daß eine Entscheidung auf die Berichterstattung der Eisenbahndirektion oder das Ergebnis der Berliner Verhandlungen abgewartet worden ist. Der gesamte Betrieb ist bisher mit Hilfe der Beamtenschaft im wesentlichen aufrechterhalten worden. Seine Durchführung wird auch weiterhin mit allen Mitteln versucht werden.

Streik der bremischen Staatsarbeiter.

Bremen, 13. August. (W. T. B.) Gestern früh ist ein Streik der bremischen Staatsarbeiter infolge Lohndifferenzen ausgebrochen. Die Technische Nothilfe ist auf dem Gas- und dem Elektrizitätswerk eingesetzt worden. Auch auf dem Wasserwerk haben die Beamten den Dienst der Arbeiter übernommen. Infolge des Streiks war die A.-G. Weser infolge Strommangels gezwungen, die Werft gestern mittag zu schließen.

Bayern gegen die Getreideausfuhr.

Solange die Zwangswirtschaft bestand, kämpfte Bayern gegen den „Berliner Sumpf". Jetzt hat es seine freie Wirtschaft. Der Erfolg ist, daß die Brotpreise steigen. In der Zwangswirtschaft hat sich Bayern besonders gut gestanden, indem es, wie uns von glaubwürdiger Seite versichert wird, nicht einen Zentner Brotgetreide für die Versorgung Norddeutschlands zur Ablieferung gebracht hat, obwohl es ein landwirtschaftliches Ueberschußland ist. Nun verbietet der § 42 der neuen Reichsgetreideordnung, daß die einzelnen Länder Ausfuhrverbote für Getreide erlassen, das für andere Teile des Reiches bestimmt ist. Infolgedessen fordert Kahr erneut die Aufhebung dieses Verbotes, nachdem ihm dieser Wunsch schon einmal abgeschlagen war.

Man kann von der Regierung Kahr nicht verlangen, daß sie noch weniger Reichstreue bekundet. Die Amerikaner schicken den hungernden deutschen Kindern Milch und Reis. Bayern behält sein billiges Brotgetreide lieber für sich.

Die Saarbergwerke Frankreich zugesprochen.

Paris, 13. Aug. (WTB.) Der „Temps" schreibt: Die Finanzkonferenz, die gleichzeitig mit dem Obersten Rat in Paris tagte, habe gestern nachmittag anscheinend eine grundsätzliche Entscheidung von großer Wichtigkeit getroffen. Der Wert der Saarbergwerke solle Frankreich zur Last geschrieben werden, so daß die französischen Besatzungskosten für das Rheinland damit mit einem Schlage als rückerstattet gelten. Daraus werde gefolgert, daß Frankreich mehr erhalten habe, als es für die Besatzung im Rheinland ausgegeben hat. Damit, sagt der „Temps", seien die Barzahlungen, die Deutschland zurzeit leistet, mit einer Priorität zugunsten Englands in Höhe von einer halben Milliarde Mark belastet, dann komme die belgische Priorität. Wann, fragt das Blatt, werde Frankreich zu seinen Reparationen kommen? Der Wert der Saarbergwerke selbst ist nacht dem „Temps" übrigens noch nicht festgestellt. Die Schätzungen sollen zwischen drei bis vier Millionen Goldmark schwanken.

Irlands Autonomie.

London, 15. Aug. (Reuter.) Heute ist der Text der Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und Irland veröffentlicht worden. Er zeigt, daß die Regierung Irland den Status der britischen Ueberseedominions anbietet mit völliger Autonomie in der Besteuerung, den Staatsfinanzen und der Verwaltung im Innern. Das Anerbieten ist aber an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, unter denen zu erwähnen ist, daß die britische Flotte das Meer zu kontrollieren und daß Irland im Verhältnis zu den Kosten des britischen Heeres der Flotte, der Kriegsschulden und Pensionen beitragen muß. De Valera sagte in seiner Erwiderung vom 13. August, daß das Sinnfeiner-Parlament die britischen Vorschläge nicht annehmen könne und das irische Volk sie nicht annehmen würde, da sie sich widersprächen. Die Vorschläge erkennten Irlands Recht auf Selbstbestimmung an, machten diesen Grundsatz aber unwirksam durch die darauffolgenden Feststellungen, die eine unzulässige Einmischung in irische Angelegenheiten bedeuteten. Lloyd George antwortete auf diese Erwiderung de Valeras am 13. August. Er erklärte, die britische Regierung könnte ein Recht Irlands, sich vom britischen Reiche zu trennen, nicht anerkennen. Auf das nördliche Irland könne kein Zwang ausgeübt werden. Die geographische Lage Irlands machte Irland zu einem unteilbaren Teil des britischen Inselreiches. Lloyd George forderte de Valera von neuem auf, die Vorschläge der englischen Regierung in Erwägung zu ziehen.

Annäherung zwischen Oesterreich und Ungarn.

Wien, 13. Aug. (W. T. B.) Der Ausschuß für Aeußeres beschloß einstimmig zuzustimmen, daß die Regierung Verhandlungen mit der ungarischen Regierung über die Förderung und Festigung dauerhafter, friedlicher Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn führe und im Rahmen solcher Verhandlungen auch eine einvernehmliche Lösung der zwischen Oesterreich und Ungarn bestehenden Grenzfragen suche. Jedoch dürfte die Regierung solche Verhandlungen nur unter der Bedingung und erst dann führen, wenn das Burgenland den Bestimmungen der Staatsverträge von Saint Germain und Trianon entsprechend bis zum 27. August Oesterreich ohne Störung übergeben wird. Bezüglich der Gegenvorschläge, mit denen die österreichische Regierung die Verhandlungsvorschläge der ungarischen Regierung beantworten wird, wird der Ausschuß erst in seiner nächsten Sitzung Beschluß fassen.

Die Gutschrift für die deutschen Handelsschiffe. Die Interalliierte Kommission der interalliierten Finanzminister hat über die Frage der Preise der deutschen Handelsschiffe beraten. Man ist dahin übereingekommen, Deutschland 20 Pfund Sterling pro Tonne gutzuschreiben anstatt der ursprünglich festgesetzten 2 Pfund Sterling.

Die drei gerechten Kammacher.

Erzählung von Gottfried Keller.

(13. Fortsetzung.)

„O Dietrich!" erwiderte sie sanft, „wissen Sie nicht, daß es heißt, der Zug des Schicksals ist des Herzens Stimme?" Und dabei sah sie ihn von der Seite so verblümt an, daß er abermals die Beine hob und Lust verspürte, sogleich in Trab zu geraten.

Während die zwei Nebenbuhler ihre kleinen Felleisenfuhrwerke in Ordnung brachten und Dietrich das gleiche tat, streifte sie mehrmals mit Nachdruck seinen Ellenbogen und trat ihm auf den Fuß; auch wischte sie ihm Staub von dem Hut, lächelte aber gleichzeitig den andern zu, wie wenn sie den Schwaben auslachte, doch so, daß es dieser nicht sehen konnte.

Alle drei bliesen jetzt mächtig die Backen auf und sandten große Seufzer in die Luft. Sie sahen sich um nach allen Seiten, nahmen die Hüte ab, wischten sich den Schweiß von der Stirn, strichen die steifgeklebten Haare und setzten die Hüte wieder auf. Nochmals schauten sie nach allen Winden und schnappten nach Luft. Züs erbarmte sich ihrer und war so gerührt, daß sie selbst weinte.

„Hier sind noch drei dürre Pflaumen," sagte sie, „nehmt jeder eine in den Mund und behaltet sie darin, das wird euch erquicken! So ziehet denn dahin und kehret die Torheit der Schlechten um in Weisheit der Gerechten! Was sie zum Mutwillen ausgesonnen, das verwandelt in ein erbauliches Werk der Prüfung und der Selbstbeherrschung, in eine sinnreiche Schlußhandlung eines langjährigen Wohlverhaltens und Wettlaufes in der Tugend!" Jedem steckte sie die Pflaume in den Mund, und er sog daran.

Jobst drückte die Hand auf seinen Magen und rief: „Wenn es denn sein muß, so sei es ins Himmels Namen!" und plötzlich fing er, indem er den Stock erhob, mit stark gebogenen Knien mächtig an auszuschreiten und zog sein Felleisen an sich. Kaum sah dies Fridolin, so folgte er ihm nach mit langen Schritten, und ohne sich weiter umzusehen, eilten sie schon ziemlich hastig die Straße hinab. Der Schwabe war der letzte, der sich aufmachte, und ging mit listig vergnügtem Gesicht und scheinbar ganz gemächlich neben Züs her, wie wenn er seiner Sache sicher und edelmütig seinen Gefährten einen Vorsprung gönnen wollte. Züs belobte seine freundliche Gelassenheit und hing sich vertraulich an seinen Arm.

„Ach, es ist doch schön," sagte sie mit einem Seufzer, „eine feste Stütze zu haben im Leben! Selbst wenn man hünlänglich begabt ist mit Klugheit und Einsicht und einen tugendhaften Weg wandelt, so geht es sich auf diesem Wege doch viel gemütlicher am vertrauten Freundesarm."

„Der Tausend, ei jawohl, das wollte ich wirklich meinen!" erwiderte Dietrich und stieß ihr den Ellbogen tüchtig in die Seite, indem er zugleich nach seinen Nebenbuhlern spähte, ob der Vorsprung auch nicht zu groß würde, „sehen Sie wohl, werteste Jungfer! Kommt es Ihnen allendlich? Merken Sie, wo Barthel den Most holt?"

„O Dietrich, lieber Dietrich," sagte sie mit einem noch viel stärkerem Seufzer, „ich fühle mich oft recht einsam!"

„Hopsele, so muß es kommen!" rief er, und sein Herz hüpfte wie ein Häschen im Weißkohl.

„Oh Dietrich!" rief sie und drückte sich fester an ihn; es ward ihm schwül und sein Herz wollte zerspringen vor pfiffigem Vergnügen; aber zugleich entdeckte er, daß seine Vorläufer nicht mehr sichtbar, sondern um eine Ecke herum verschwunden waren. Sogleich wollte er sich losreißen von Züsis Arm und jenen nachspringen; aber sie hielt ihn so fest, daß es ihm nicht gelang, und klammerte sich an, wie wenn sie schwach würde. „Dietrich!" flüsterte sie, die Augen verdrehend, „lassen Sie mich jetzt nicht allein, ich vertraue auf Sie, stützen Sie mich!" — „Den Teufel noch einmal, lassen Sie mich los, Jungfer!" rief er ängstlich, „oder ich komm' zu spät und dann habe Zipfelmütze!" — „Nein, nein! Sie dürfen mich nicht verlassen, ich fühle, mir wird übel!" jammerte sie. „Uebel oder nicht übel!" schrie er und riß sich gewaltsam los; er sprang auf eine Erhöhung und sah sich um und sah die Läufer schon im vollen Rennen weit den Berg hinunter. Nun setzte er zum Sprung an, schaute sich aber im selben Augenblick noch einmal nach Züs um. Da sah er sie, wie sie am Eingange eines engen schattigen Waldpfades saß und lieblich lockend ihm mit den Händen winkte. Diesem Anblick konnte er nicht widerstehen, sondern eilte, statt den Berg hinunter, wieder zu ihr hin. Als sie ihn kommen sah, stand sie auf und ging tiefer in das Holz hinein, sich nach ihm umsehend, denn sie dachte ihn auf alle Weise vom Laufen abzuhalten und so lange zu verzieren, bis er zu spät käme und nicht in Seldwyl bleiben könne.

Allein der erfindungsreiche Schwabe änderte zu selber Zeit seine Gedanken und nahm sich vor, sein Heil hier oben zu erkämpfen und so geschah es, daß es ganz anders kam, als die listige Person es hoffte. Sobald er sie erreicht und an einem verborgenen Plätzchen mit ihr allein war, fiel er ihr zu Füßen und bestürmte sie mit den feurigsten Liebeserklärungen, welche ein Kammacher je gemacht hat. Erst suchte sie ihm Ruhe zu gebieten und, ohne ihn fortzuscheuchen, auf gute Manier hinzuhalten, indem sie alle ihre Weisheiten und Anmutungen spielen ließ. Als er ihr aber Himmel und Hölle vorstellte, wozu ihm sein aufgeregter und gespannter Unternehmungsgeist herrliche Zauberworte lieh, als er sie mit Zärtlichkeiten jeder Art überhäufte und bald ihrer Hände, bald ihrer Füße sich zu bemächtigen suchte und ihren Leib und ihren Geist, alles was an ihr war, lobte und rühmte, daß der Himmel hätte grün werden mögen, als dazu die Witterung und der Wald so still und lieblich waren, verlor Züs endlich den Kompaß, als ein Wesen, dessen Gedanken am Ende doch so kurz sind als seine Sinne; ihr Herz krabbelte so ängstlich und wehrlos, wie ein Käfer, der auf dem Rücken liegt, und Dietrich besiegte es in jeder Weise. Sie hatte ihn in dies Dickicht verlockt, um ihn zu verraten, und war im Handumdrehen von dem Schwäbchen erobert; dies geschah nicht, weil sie etwa eine besonders verliebte Person war, sondern weil sie als eine kurze Natur trotz aller eingebildeten Weisheit doch nicht über ihre eigene Nase wegsah. Sie blieben wohl eine Stunde in dieser kurzweiligen Einsamkeit, umarmten sich immer aufs neue und gaben sich tausend Küßchen. Sie schwuren sich ewige Treue und in aller Aufrichtigkeit und wurden einig, sich zu heiraten auf alle Fälle.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210815-18/fragment/page=0002

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Kohlenversorgung in Gefahr. — Das Stickstoffsyndikat. — Die Konzentration in der Braunindustrie. — Die Warenversorgungsstelle der Gewerkschaften. — Die Steuerpolitik der Regierung.

Zu den vielen Gefahren, die unsere Volkswirtschaft bedrohen, gehört leider auch wieder die mangelnde Kohlenversorgung. Wenn wir in diesem Jahr bisher leidlich ausgekommen sind, so ist die Erklärung nicht in der vermehrten Kohlenförderung zu suchen, sondern in dem geringen Anspruch der Industrie, die bei der schlechten Geschäftslage erheblich ihre Anforderungen zurückgestellt hat. Dazu kommt, daß erfreulicherweise die Förderung der Braunkohlen stark zugenommen und die Bemühung, die Industrie in größerem Umfange zur Braunkohlenfeuerung zu veranlassen, Erfolge aufzuweisen hat. Diejenigen Industrien, die auf Steinkohlen angewiesen sind, und dabei besonders bessere Qualitäten beanspruchen, klagen noch fortgesetzt über mangelnde Belieferung. So ist die Zementindustrie leider noch nicht voll beliefert, obwohl sie in der Lage wäre, bei erhöhter Produktion größere Mengen zur Ausfuhr bereit zu stellen. Kommen wir in den nächsten Monaten zu einer besseren Beschäftigung in der Industrie, so haben wir leider damit zu rechnen, daß die volle Ausnutzung der Konjunktur durch mangelnde Kohlenbelieferung in Frage gestellt wird. Ein solcher Zustand wäre natürlich auch vom Standpunkte der Arbeiter aus unerträglich, denn unsere Aufgabe muß es sein, keine Behinderung in der Entwicklung der Industrie aufkommen zu lassen. Die Arbeitslosigkeit hat schwere Wunden geschlagen und es wäre geradezu unerträglich, wenn wir durch ungenügende Leistungen in der Kohlenförderung die Milderung in der Arbeitslosigkeit aufhalten würden. — Die Kohlenversorgung im Osten Deutschlands ist durch den Ausfall der oberschlesischen Kohle sehr dürftig. Kommen wir in einen harten Winter, so werden wir auch im Haushalt den Kohlenmangel schwer empfinden.

Nach dem letzten Bericht über die Lage des Ruhrkohlenbergbaus betrug die Gesamtförderung an Steinkohlen im 2. Quartal ds. Js. nur 22,6 Mill. To., gegen 23,9 Mill. To. im 1. Quartal. Dieser Rückgang ist im wesentlichen zurückzuführen auf die fast restlose Beseitigung der Ueberschichten. Die Belegschaft der Kohlenzechen hat sich im letzten Vierteljahr um 6487 Mann erhöht. Es kann, mithin nicht angenommen werden, daß durch Rückgang der Arbeiterzahl die mindere Leistung zu erklären ist. Immerhin würde es ungerecht sein, den Rückgang der Förderung nur auf die Minderleistung der Belegschaft zurückzuführen, vielmehr ist anzunehmen, daß auch die Betriebsunternehmungen es nicht verstehen, technisch ihre Unternehmungen so zu fördern, daß sie eine erhöhte Produktion erzielen. Gegenüber den vielfachen Anfeindungen der Sozialisierungsbestrebungen ist die Tatsache festzustellen, daß es bei einer vollständig freien Betätigung der Bergwerksunternehmungen nicht möglich war, bisher auch nur annähernd wieder zu den gleichen hohen Lieferungen im Bergbau zu kommen, wie vor dem Kriege. Wenn von den Interessenten behauptet wird, die Sozialisierung berge die Gefahr, daß wir mit unserer Produktion nicht auf die nötige Höhe kommen, so hat der Privatbetrieb gegenwärtig bereits den Nachweis geführt, daß ihm nicht möglich ist, das zu erreichen, was uns so oft als Vorzug der freien Wirtschaftsbetätigung gerühmt wurde. Schlimmer kann es bei der Sozialisierung nicht werden, als gegenwärtig bei der freien Wirtschaft.

*

Zu den internationalen Konzernen, die sich in der Nachkriegszeit aufgetan haben, gehört auch das Stickstoffsyndikat, dessen Treiben zu verfolgen nicht uninteressant ist. Wie bekannt, hat vor dem Kriege die Verwendung von Chile-Salpeter für die deutsche Landwirtschaft eine große Rolle gespielt. Durch die Herstellung von künstlichem Stickstoff ist der Bedarf nach Chile-Salpeter sehr in den Hintergrund gedrängt und die Regierung von Chile, die aus der Ausfuhr dieses wertvollen Düngemittels finanziell ein sehr gutes Geschäft macht, sieht sich in den Absatzmöglichkeiten nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern stark bedroht. Der Handel ist bis jetzt von englischen Großfirmen beeinflußt, die in Verkennung der Lage des Marktes große Bestände von Chile-Salpeter zu hohen Preisen herangezogen haben. Man spricht davon, daß diese zu einem Interessenverband vereinigte Gesellschaft 900 000 To. Chile-Salpeter in Europa lagern habe. Diese Interessen-Clique geht nun darauf hinaus, künstlich den Preis von Chile-Salpeter auf einer gewissen Höhe zu halten, während zugleich das deutsche Stickstoff-Syndikat den Chile-Salpeterpreis nicht niedriger wünscht als den Preis, den es selber für Natron-Salpeter festsetzt. Dazwischen kommt nun die Regierung von Chile, die wiederum die Stockung im Absatz beseitigen will, und ihre Preise erheblich zu ermäßigen beabsichtigt, damit die Aufnahmefähigkeit des Marktes gehoben wird. Gegenwärtig sind Bemühungen im Gange, diesen Interessenkonflikt auszugleichen. Aber zu billigen Preisen werden wir nicht kommen. Das kapitalistische Interesse geht einen anderen Weg.

Die Nachkriegszeit hat wie schon wiederholt hervorgehoben wurde, die Tendenz zum Zusammenschluß größerer Betriebe stark gefördert. Sehr bemerkenswert ist ein Ueberblick über die Konzentrationsbestrebungen in der Brauindustrie. Die Beschränkung in der Produktion und damit im Zusammenhang die Verteilung von Kontingenten an die Brauereien hat dazu geführt, daß die kleineren Unternehmungen vielfach stillgelegt wurden und die ihnen erteilten Kontingente an größere Unternehmungen verkauften. Berlin steht in diesen Konzentrationsbestrebungen an der Spitze. Es handelt sich heute nur noch um 3 maßgebende größere Unternehmungen, von denen das eine, die Ostwerke — Schultheiß — Patzenhofer — Kahlbaum, sogar dazu übergegangen ist, sich bedeutsame Unternehmungen der Likör- und Spritfabrikation anzugliedern. Die Folge dieser Konzentrationsbestrebungen ist, daß von den 23 229 Brauereibetrieben in Deutschland im Jahre 1913 zur Zeit noch etwa 7500 in Betrieb sind.

Die Warenversorgungsstelle der Gewerkschaften, die, aus staatlichen Mitteln unterstützt, in der Zeit der schwersten Krise in der Textil-Industrie durch Abnahme von Waren eine Erleichterung schuf, wird jetzt reichlich mit Undank gelohnt. So behauptet die Textilindustrie, sie sei gegenwärtig genügend beschäftigt, und der Handel beschwert sich über die ihm unangenehme Konkurrenz. Beide Argumente können nach unserer Auffassung nur dazu dienen, dieses Unternehmen noch weiter zu stützen, und es ist erfreulich, daß die Regierung vor kurzem abermals einen, wenn auch geringen Betrag zur Förderung des Unternehmens zur Verfügung gestellt hat. Die Bemühungen der Warenverkaufsstellen haben in der Arbeiterschaft allgemein Anerkennung gefunden und es steht wohl zu hoffen, daß die Gewerkschaften mit der nötigen Entschiedenheit für die Aufrechterhaltung dieser Unternehmungen tätig sind.

Die Regierung hat ihr Steuerprogramm aus den unklaren Andeutungen herausgehoben und die Gesetze bekanntgegeben, die den Reichstag in den kommenden Tagen beschäftigen werden. Allerdings sind uns die Einzelheiten der Vorlagen nur dürftig stilisiert, aber wir kennen nun den Kurs, der eingeschlagen werden soll. Das Programm wird nicht gerade mit ungeteilter Freude aufgenommen; aber es scheint, als ob von rechts her der Widerstand weniger entschieden ist, als in den linksstehenden bürgerlichen Kreisen. Diejenigen, die sich mit den Finanzfragen beschäftigt haben, sehen zu ihrem Entsetzen, daß auf dem hier beschrittenen Wege der Steuergesetzgebung das große Loch in unserem Reichsetat für absehbare Zeit nicht gestopft werden kann. Das bedeutet aber, daß wir weiter zur Notenpresse greifen und daß mit der Notenpresse die weitere Entwertung unserer Zahlungsmittel eintreten muß, dem auf der anderen Seite eine Erhöhung der Preise auf dem gesamten Warenmarkt entgegensteht. Es kommt ferner hinzu, daß die Berechnung, die seinerzeit vom Reichsfinanzministerium aufgestellt wurde, wonach wir in der Einfuhr auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung große Ersparnisse machen können, als eine verfehlte Spekulation zu erachten ist. Wir werden unter der freien Getreidewirtschaft und dem Ergebnis der Ernte nicht eine Verminderung der Einfuhr an Lebensmitteln, sondern eine Erhöhung zu erwarten haben. Das bedeutet wiederum eine größere Inanspruchnahme von Zahlungsmitteln für die Deckung dieser Einkäufe und damit ein weiteres Abwärtsgleiten in unserer Finanzlage. Wenn sich die Regierung nicht entschließt, unter diesem Zwang der Verhältnisse stärker in den Besitz einzugreifen, als sie nach ihrem Steuerprogramm beabsichtigt, so können wir in eine politisch und wirtschaftlich schwere Katastrophe hineingeraten. Die Sozialdemokratie wird all ihren Einfluß aufbieten müssen, um die Bemühungen, die vom Reichswirtschaftsministerium ausgehen, für die auch die Zustimmung in der sozialdemokratischen Fraktion und der unabhängig sozialdemokratischen Partei vorhanden ist, mit aller Entschiedenheit zu stützen und zu fordern, daß die unentschlossene Haltung der Regierung aufgegeben wird. Harte Zeiten und außerordentliche Umstände erfordern auch die Anwendung von Mitteln, die über das altgewohnte Schema hinausgehen. Kann sich die Regierung zu diesem Entschluß nicht aufraffen, so wird sie im Volk nicht die Unterstützung finden, die sich für ihr weiteres Bestehen so notwendig gebraucht.

Gewerkschaftliches.

Die zerschlagene Einheitsfront.

Agitationspolitik des Deutschen Beamtenbundes.

Das geplante einheitliche Vorgehen der Beamten und der Gewerkschaften ist nach Meldungen aus Berlin weil ein Einigung über die Festsetzung der Erhöhung des Gesamtlohnes nicht herbeigeführt werden konnte, gescheitert. Beide Teile sollen nunmehr selbständig vorgehen und der Regierung ihre nicht unerheblich voneinander abweichenden Forderungen unterbreiten.

Von beteiligter Seite wird dem Wolff-Bureau dazu mitgeteilt: Nachdem die Verhandlungen der drei großen Gewerkschafts-Spitzen-Organisationen mit dem Deutschen Beamtenbund über die Schaffung einer gemeinsamen Front zur Durchführung einheitlicher Forderungen für die gesamten Reichs- und Staatsarbeiter, Angestellten und Beamten gescheitert sind, übermittelten die in Betracht kommenden Gewerkschaften der drei Spitzen-Organisationen (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring) der zuständigen Instanzen folgende Forderungen:

1. Für Arbeiter: Gewährung einer Ausgleichszulage zum beweglichen Teuerungszuschlag in Ortsklasse B von 10 Pfg., in Ortsklasse C von 20 Pfg. und in Ortsklasse D von 30 Pfg. pro Stunde.
   Gewährung einer weiteren allgemeinen Teuerungszulage in sämtlichen Ortsklassen in Höhe von 1,50 Mk. pro Stunde und entsprechende Zulagen für weibliche Arbeiter und Lehrlinge und Erhöhung der Kinderzulagen um 150 Proz. Bereitstellung entsprechender Mittel zwecks Erhöhung der Bezüge der Rentenempfänger.
2. Für Beamte: Angleichung der Teuerungszuschläge zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag an die Sätze der Ortsklassen. Gewährung einer gleichmäßigen, pensionsfähigen Teuerungszulage von 2600 Mk. an alle Beamte einschließlich der Diäter und Pensionäre. Angleichung der Teuerungszuschläge zu den Kinderzulagen an die Sätze der Ortsklasse A.
3. Die neuen Teuerungsbezüge für alle Arbeiter und Beamte sind rückwirkend ab 1. Juli 1921 zu zahlen.

Weiter heißt es in der Mitteilung: Die vorstehenden Forderungen wurden nur nach reiflicher Erwägung und unter Be-

Herr A. Köwing in Göttingen schreibt: Meine
Pickeln
Mitesser
habe ich durch Schaumauflage von Obermeyer's Medizinal-Herba-Creme beseitigt. Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apoth., Drog. und Parfümerien.
Jucker-Frisch

Kleines Feuilleton.

Der Alte.

Ein erstes Gilben ging durchs Laub,
Ein letzter, müder Vogel sang.
Der Alte schreitet durch den Staub;
Sein Blick ist stumpf, schwer ist sein Gang.

Acht Stunden Fron. Und sechzig Jahr!
Der Jahre Einerlei macht müd!
Die Hand ward zittrig, weiß das Haar . . .
Das Leben flieht . . . das Leben flieht . . .

Und was es frisch und fest gepackt,
Zerrann . . . Er durft' es halten nicht! •
Die Jahre stampften ihren Tatt,
Den ewig-gleichen Takt der Pflicht!

Sie nahmen seine Kraft zum Raub
Und spannten fester ihn ins Joch!
Ein erstes Gilben geht durchs Laub. —
Wie lange noch? . . . Wie lange noch? —

Ludwig Lessen.

Walter Scott.

Zu seinem 150. Geburtstage (15. August).

Die deutsche Literatur um das Jahr 1830 zeigt ein heftiges Streben nach der Vollendung des historischen Romans, seine Veredelung durch romantische Vertiefung und starke Charakterisierung von Helden und Intrigananten auf. Licht und Schatten werden einseitig verteilt, sodaß meist eine nicht ganz wirklichkeitstreue, aber knappe, klare Handlung entsteht. Hauffs Novellen und sein Roman „Lichteinstein", der von der reiferen Jugend noch heute ziemlich zu unrecht stark verschlungen wird, weisen ungweideutig auf den Urheber dieser Strömung: Walter Scott. Seine deutschen Epigonen bringen nur einen schwachen Abklatsch des Scottschen historischen Romans. Sein erstes großes Werk, das er unter Pseudonym erscheinen ließ, der Roman „Waverdey" erweckte damals Stürme der Begeisterung, der Sittenroman „Guy Mavering" brachte dem Dichter großen finanziellen Ertrag.

War er schon durch seine schottischen Balladen berühmt geworden, so stieg nun sein Ruhm ins Unermeßliche. Weitere Werke wie „Marie", „Robin der Rote" und „Altertümer" setzten den bunten Reigen fort. Und wenn heute dieser Dichter nur noch von der Jugend gelesen wird, so ist das ein he, dauerliches Zeichen, da ihm zu seiner Zeit die größten Dichter und Erzähler u. a. auch Goethe gehuldigt haben. Denn damals wurden seine Bücher in Frankreich in einer Auflage von 1½ Millionen verbreitet. In Deutschland wucherten die Uebersetzungen und Epigonen massenhaft empor. Große Komponisten wie Schumann und Schubert nahmen sich seiner Texte an, unter denen Schuberts „Ave Maria" wohl am meisten bekannt geworden sein mag.

Durch die Werke Scotts zieht trasser Realismus, katholisierende Moralistik und schottische Naturlebendigkeit in erquickender Harmonie. Und wenn dem Dichter so ungeheure Erfolge und ein sorgenloses, geruhsames Leben beschieden war, so lag in seinen Werken die Berechtigung zu dieser Erscheinung. Scott hätte in einem Dasein, wie es nun leider Arno Holz und Alfons Petzold beschieden ist, schwerlich seine ausgefüllten, beschaulich und noch nicht temperamentlos zurückblickenden Romane schaffen können. H—r.

Wie werde ich Diplomat?

Hans Knax hat im Verlag Nemo u. Co. ein Büchlein unter obenstehendem Titel herausgegeben, woraus wir die folgenden Sätze entnehmen:

Habe nie eine eigene Meinung.

Richte dich stets nach der Meinung derjenigen Partei, die dir den größten Vorteil gewährt.

Verrate nie eine Unkenntnis. Wenn zum Beispiel von Mexiko die Rede ist, so sage nicht gerade heraus, es liegt in Afrika; denn es könnt auch in Asien gelegen sein. Rede vielmehr so im allgemeinen: „eins jener zukunftsreichen Länder, wo die Sonne m Sommer sehr warm ist." Sprich von ungeahnten Expansionsmöglichkeiten, fabelhaften Dimensionen. Zu Hause lies dann den Artikel Mexiko im Kleinen Brockhaus und merke die die Namen: Hesse-Wartegg, Seler, Noriga, Below, Lemcke, Lumholtz. Packe sie bei passender Gelegenheit aus und setze deine Freunde mit deiner Kenntnis über die Fachliteratur, die von jenem Land handelt, in Erstaunen.

Betone immer das „Wesentliche". Niemand weiß, was es ist, aber dir gibt es den Anschein tiefster Erkenntnis.

Ueber Politik sprich mit vielsagenden Lächeln. Man wird dann glauben, daß du in alle Schandlichkeiten eingeweiht bist.

Entrüste dich nie. Wenn deine Freunde sich ärgern, daß ihnen der Kellner 150 Mark für die Flasche Sekt abverlangt, erkläre kalklächelnd, daß du gestern dafür wo anders 200 Mk. gezahlt hat. Verrate nicht, daß es Selterwasser für zwei Mark gewesen ist.

Trachte danach, unentbehrlich zu erscheinen. Dann werden die anderen für dich arbeiten, während du verdienst.

Hallenser auf der Gr. Berliner Kunstausstellung. Die Ausstellung bietet große Gesichtspunkte, trotzdem in der Hauptsache nur der Verein Berliner Künstler und die Novembergruppe die Füllung bestreiten. Viele ältere und jüngere Individualitäten, die ihre künstlerisches Ergebnis ausbreiten und gerade in der Novembergruppe läßt sich in dieser Beziehung ein anregendes Kräftespiel beobachten. Als ein wertvolles Mitglied hat die freie Sezession ausgestellt, die unter ihre Leute Archipenko (mit einem stark wirkenden Gondolier), Barlach, Campendonc, Chagall, Feininger, de Fiori, Kandinskij, Klee, Kokoschka, Liebermann, Pechstein, Scharff und schließlich die bekannten Franzosen Braque, Dexain, Séger, Piasso, Vlaminck zählt. In dieser Abteilung hat auch Erwin Haß, Lehrer an der hallischen Kunstgewerbeschule, zwei Stilleben. Wie auch bei seiner Ausstellung in Halle im Frühling dieses Jahres haben beide Bilder einen zu rationalistischen Zug. Wesentlichkeit ist angestrebt, wird schließlich übersteigert und zerstört ein klares und sicheres Farbegebungsvermögen. In der Novembergruppe hängen Karl und Kurt Völker. Karl Völker mit einer reichen Auswahl von Temperabildern, Aquarellen und Zeichnungen. Raoul Hausmann schreibt im Sonderführer der „Novembergruppe": „. . . . merkwürdige Gestaltungen eines hallischen Künstlers, in denen eine aufrichtige Kindhaftigkeit liegt, die fern der unechten Primitivität oder der erborgten Negerkunst sich ihre Gestaltwelt aufbaut." Nicht ganz trifft diese Analyse Völkers Wesen. Es ist noch Experiment in den Bildern, ein sehnsüchtiger Zwang nach einer unbedingt notwendigen Form. Der im ersten Anblick fast drastische Archaismus der Körper wird schnell von einer Bewunderung eines ringenden Malergeistes überlaufen. Aesthetisch wäre eine manchmal trockene Farbgebung zu bemängeln. In den Zeichnungen ist der Schritt in dieser Richtung bestimmter, fertiger und wesentlicher. Kurt Völker will nur lyrisch und unanmaßlich sein. Ein kleiner Umkreis, eine schlichte Art, ein sicheres Können.

Bratts Koven.

Wirtschaft und Kultur. Daß die Durchseßung von Kulturbewegungen dem landwirtschaftlichem Leben keinen Schaden zufügt, wie stets von den Interessenten behauptet wurde und auch in Zukunft wird, das zeigen uns die Veröffentlichungen über die Umwälzung in Amerika, die jetzt in Holland bekannt gegeben sind. Darnach hat sich die durch das Alkoholverbot notwendige Umstellung des Wirtschaftslebens glatt vollzogen. Die Brauereien machen jetzt alkoholfreies Bier, Eis, keimfreie Milch, Schuhwerk, Papier, Feuerwerk, Motorräder, Trikotwaren, Stroh und Zucker. Namentlich für die beiden letztgenannten Erzeugnisse sind Brauereien leicht einzurichten. Die Brennereien liefern jetzt gewerblichen Spiritus, Zuckerrüchte, Vieh-, Pferde-, Hühnerfutter und Oele. Und in diesen Nährmittelfabriken werden jetzt durchschnittlich mehr Menschen beschäftigt als früher in den Schnapsbrennereien und die Arbeiter werden auch besser bezahlt. Statt der befürchteten Schädigung hat der gewaltige Weinbau Kaliforniens eine ungeahnte Geschäftsblüte mit Tafeltrauben, alkoholfreien Weinen, Trockentrauben und dergl. erfahren.

Klassiker-Notgeld. Die Stadt Lauchstädt in Thür. (bekannt durch den altberühmten Lauchstädter Brunnen und das historische Goethe-Theater) hat eine neue Notgeld-Serie herausgegeben. Sie besteht aus vier 50 Pfennig-Scheinen, auf denen die Porträts berühmter Persönlichkeiten aus Lauchstädts klassischer Zeit (Goethe, Schiller, Gellert, Gottsched und andere) in künstlerischer Vollendung wiedergegeben sind. Eine aus dem 18. Jahrhundert stammende Ansicht Lauchstädts mit seiner Heilquelle befindet sich auf der Vorderseite der Scheine. Die äußerst geschmackvolle Ausführung des Notgeldes spricht allgemein sehr an, ruft sie doch jene Glanzzeit in der Geschichte Lauchstädts wieder wach, die den Weltruf des bekannten heilkräftigen Lauchstädter Brunnens begründete.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210815-18/fragment/page=0003

tücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse ausgeschlossen. Sie unterscheiden sich von den Forderungen des Deutschen Beamtenbundes dadurch, daß sie die vom Beamtenbund bei früheren Bewegungen gemachten Fehler vermeiden und sich auf dem Boden der realen Verhältnisse bewegen. Der Deutsche Beamtenbund läßt sich offenbar von agitatorischen Gesichtspunkten leiten, sonst wäre es nicht möglich gewesen, eine Mindestforderung von 5500 Mk. pro Kopf aufzustellen und sie in wenigen Stunden auf 4200 Mk. zu reduzieren. Es wäre dies um so weniger möglich gewesen, wenn der Deutsche Beamtenbund aus dem Zusammenbruch seiner letzten Teuerungszulagen-Aktion gelernt hätte. Die Gewerkschafts-Spitzen-Organisation, da der Beamtenbund sich auch heute nicht einigen will, war es, die nach diesem vorerwähnten Mißerfolg ein erträgliches Resultat herbeiführte. In der klaren Erkenntnis, daß auch dieses Mal die Politik des Deutschen Beamtenbundes Schiffbruch erleiden muß, lehnten die übrigen Organisationen das Zusammengehen mit dem Deutschen Beamtenbund auf der von ihm vorgeschlagenen Grundlage ab.

Notizen.

Deutsch-niederländische Grenzregelung. Die niederländische und die deutsche Regierung sollen eine gemischte Kommission eingesetzt haben, welche demnächst in Berlin zusammentreten wird, um eine Regelung der Grenzfrage an der Unterems zu beraten.

Die spanische Niederlage in Marokko. Nach einer Meldung des „Journal" aus Madrid marschieren 10 000 Rifleute auf Melilla. In Eais sind vier Kompagnien, die dort lagerten, niedergemetzelt worden, wobei den Rebellen große Vorräte an Dynamitpatronen in die Hände fielen.

Das widerspenstige Frankreich. Der „Matin" meldet, es sei kaum wahrscheinlich, daß die französische Regierung alle Beschlüsse der Konferenz ratifizieren werde, da die in Frage stehenden Vereinbarungen den Zeitpunkt der deutschen Zahlungen an Frankreich immer mehr hinausschieben.

Aus aller Welt.

Gerammter Segler. Im Holtenauer Binnenhafen wurde nachts der mit Gerste nach Hamburg bestimmte Segler Albatroß von einem schwedischen Dampfer gerammt und sank. Die Mannschaft ist gerettet.

Raubmord. Nach dem „L. A." wurde in Buchenheim (Rheinhessen) der 75jährige Beigeordnete und Landwirt Braun im Bett tot aufgefunden. Es liegt Raubmord vor. Ein Verdächtiger ist verhaftet worden.

Schulstreik in Spandau. Die „Freie Schulgesellschaft" in Spandau hat in einer Elternversammlung den Schulstreik vom 16. August beschlossen, weil für die vom Religionsunterricht befreiten Kinder keine besonderen Schulgebäude zur Verfügung gestellt werden. Die Spandauer Lehrerschaft ist geschlossen gegen die Bewegung. Sie vertritt die Einheitsschule.

Aufgedeckte Millionenschiebung. Aus Cuxhaven wird gemeldet: In dem nach Hamburg spielenden Spritschmuggel wurden bisher hier 22 Personen vernommen. Das Objekt beträgt 15 Millionen Mark. Die Spritschiebungen erfolgten hauptsächlich nach Holland und Skandinavien.

Ein Millionenfund. Beim Abschreiten der Bahnstrecke fand ein Streckenwärter in Sechten bei Köln zwei Aktentaschen mit 4,5 Millionen Gulden. Die Herkunft des Geldes konnte noch nicht ermittelt werden.

Zugentgleisung bei Beuthen. Am Freitag entgleiste auf dem Wege Beuthen—Antonienhütte ein Kleinbahnzug. Ein Fahrgast wurde getötet, 13 wurden verletzt. Die Ursache des Unglücksfalles ist noch nicht festgestellt.

Ein Postflugzeug zerschmettert. Durch einen schweren Gewittersturm wurde das Postflugzeug der Rumplerwerke in Ausburg, das von Leipzig über München nach Augsburg fliegen wollte, um 4 Uhr nachm. in der Nähe von Freising zum Absturz gebracht. Das Flugzeug wurde zerschmettert. Der Pilot Emmerich-Saarbrücken und die Passagiere, ein Ehepaar Roehr-Leipzig, sind tot.

Ueberfall auf einen Geld-Transport. Freitag früh wurde ein Geldtransport auf dem Wege zur Grube Kardinalsfreude von 12 Räubern überfallen, die 700 000 Mark raubten und nach Schomberg flüchteten. Mehrere Räuber wurden einwandfrei erkannt.

Raubüberfall bei Hannover. Ein radfahrender Räuber entriß auf der Landstraße nach Hülsen einer Büroangestellten die Aktentasche mit 46 000 Mark und entkam.

Eine schwere Bluttat. In Eurishofen bei Augsburg lockte der Schankwirt Angerer, ein Trunkenbold, eine 17jährige Lehrerstochter in seine Wohnung, betäubte sie durch einen Schlag, schleppte sie in den Keller, vergewaltigte sie und schnitt ihr die Kehle ab. Die beträchtliche Barschaft und das Damenfahrrad raubte er. Die Leiche verscharrte er im Walde. Der bereits ermittelte Täter ist geständig.

Ein Festungsfort in die Luft geflogen. Nach einer Matinmeldung ist das Fort Catzelnu, das einen Teil des Festungsgürtels von Bukarest bildet, Sonnabend nachmittag in die Luft geflogen. Das Fort war mit Explosionsstoffen und Munition vollgepfropft. Die Explosionen dauerten die ganze Nacht und auch am frühen Morgen noch an. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt.

Briefkasten der Redaktion.

Apfelwein. Man zerquetscht die Aepfel, preßt den Brei vermittels Presse tüchtig aus und füllt den Saft auf Fässer, worauf vorher guter Wein gelegen hat. Der Saft kommt ohne weiteren Zusatz sehr bald in Gärung, welche einige Tage fortdauert. Nach beendeter Gärung werden die Fässer mit ebenfalls gegorenem Apfelmoste vollgefüllt, wohlverspundet und nun 5—6 Monate in einem Keller ruhig liegen gelassen, worauf der Wein, nachdem er sich vollkommen geklärt hat, auf andere Fässer abgezogen wird. Nach einigen Monaten kann man den Wein auf Flaschen ziehen.

Wetterbericht

Voraussichtliches Wetter am Dienstag, 16. August: Etwas kühler, vorherrschend wolkiges bis trübes Wetter, zeitweise Regen.

Walhalla
Lichtspiel-Theater
Täglich:
Goliath Armstrong
Der Herkules der schwarzen Berge.
II. Teil.
Auf Leben und Tod.
6 gewaltige Akte.
Der Inhalt des 1. Teiles wird im 1. Akte des 2. Teiles wiederholt.
Vorführung Wochentags: 4.00 6.45 9.30 Uhr.
Ausserdem
Leben und Lüge
Ergreifendes Drama in 6 Akten.
In der Hauptrolle . . . Esther Karena.
Anfang: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Licht-Spiele
Der grosse Erfolg!
Nur noch bis Donnerstag der kolossale 7-Akter
Aus Rache zum Mädchenhändler
oder:
Die Beute der Erinnyen
sowie das glänzende Lustspiel
Detektiv aus Liebe 2 Akte
mit Gerhard Dammann.
Beginn 4.00 6.15 8.30
Ende 10½ Uhr.
Fernsprecher 4681 Nu
Grosse Ulrichstr. 51
Im Herzen der Stadt

Die Bäckereiinhaber der Stadt Halle und Umgebung empfehlen
markenfreies Brot
aus 85%igen Mehlen
in derselben Zusammensetzung die für das Markenbrot amtlich vorgeschrieben ist zum Preise von
7,60 Mk. für 1800 Gr.
u. reines Roggenbrot
aus 80%igem Mehl zum Preise von
8,50 Mk. für 1800 Gr.
Die Bäcker-Zwangs-Innung zu Halle a. S. u. Umg.

Von der Reise zurück
Dr. Schober, Königstrasse 9.

Mietsgesuche
In Ammendorf
oder nächster Umgebung nett
möbl. Zimmer
mit Kochgelegenheit von ruhigen, älteren Ehepaar (Dauermieter) zum 1. September gesucht. Wäsche u. Geschirr vorhanden.
Fr. Ulrich,
Zuschneider bei H. Pohle, Ammendorf, Hallesche Str.

Zu verkaufen
Piano
wie neu, edler Ton, sehr preiswert zu verkaufen. Robert Franzstr. 7 I Vetter. 5—10 3—5. Händler verb.

Abbruch
am Nannischen Platz sof. zu verk. 10000 Mauersteine und Verblendsteine, Türen, kl. Fenster, Bauholz u. verich.

Vermischtes
Gute Emaille-
Aufwaschschüsseln
sehr billig
Haus und Herd
Leipzigerstr. 86.

Vereins-Anzeiger
zur
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei,
Bezirksverband Halle, Harz 42/44. Fernruf 6900.
Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften sowie der auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Bitterfeld. Freitag, den 19. August, abends 8 Uhr, im Gasthof „Prinz von Preußen" Versammlung. Vortrag des Gen. Baranowski. Die Parteigenossinnen und Genossen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. Auch sind Freunde unserer Partei herzlich willkommen.

Helfta. Dienstag, den 16. August findet abends 8 Uhr im „Gasthof zur Sonne" eine öffentliche Volksversammlung der S. P. D. statt. Der Landtagsabg. Gen. Hauichild-Cassel wird über das Thema „Die Sozialdemokratie, die Teuerungswelle und die neuen Steuern" sprechen. Sorgt für Massenbesuch. Der Vorstand.

U.T
Henny Porten
in dem Lustspiel in 4 Akten.
Die Fahrt in's Blaue
(Vollständig neue Copie).
Leipzigerstraße Nr. 88
Der Fürst von Piccadilly!
Detektivfilm in 5 Akten.
Beginn 4 Uhr.

Lola, die Apachenbraut
I. Teil
Abenteuerfilm in 6 Akten mit
COLETTE CORDER
Alte Promenade Nr. 11a
Knoppchens Frackhose
Schwank in 2 Akten.
Die neuest. Wochenberichte
Beginn 4 Uhr.

Tanzunterricht
Die Herbstzirkel für Anfänger beginnen Anfang und Mitte September, sowie Anfang und Mitte Oktober.
Im September: 1. Zirkel für junge Kaufleute und Beamte.
2. Gemischter Zirkel.
Im Oktober: 1. Zirkel für Studierende,
2. Zirkel für Schülerinnen und Schüler höherer Lehranstalten.
In diesen Anfänger-Zirkeln werden auch moderne Tänze berücksichtigt.
Anmeldung in meiner Wohnung, Leipzigerstrasse 63 I erbeten.
Eigener grosser Lehrsaal. Gründliche Ausbildung in allen Tänzen und im gesellschaftlichen Verkehr. Für vorgeschrittene Einzelunterricht und Privatzirkel in modernen Tänzen: Onestep, Foxtrott, Shimmy, Tango.
Albert Nicolaus,
Lehrer d. Tanzkunst u. Tanzschriftsteller.

Hohenzollern
Wilhelm II. und sein Haus — Der Kampf um den Kronbesitz.
Von Kurt Heinig.
Das Buch enthält eine Fülle von Material und ist besonders in der Agitation eine schneidende Waffe! Wir empfehlen allen unseren Funktionären sofortige Bestellung zum Subskriptonspreis von Mk. 25.—. Nach Erscheinen kostet das Buch Mk. 30.—.
Buchhandlung der Volksstimme
Halle a. d. S., Grosse Ulrichstr. 27.

Der Frauen Hausschatz
ein Jahrbuch für die Frauen und Mädchen des Proletariats
Die Herausgeberin dieses ansprechend und geschmackvoll illustrierten Almanachs, die Genossin Wilhelmine Kähler, hat in diesem Almanach ein Buch geschaffen, dessen Fehlen schon lange, namentlich in den Kreisen der sozialdemokratisch, gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Frauen, schmerzlich empfunden wurde. Nun ist dieses Buch da. Sein reich gegliederter Inhalt, der so ziemlich alle wichtigen Erscheinungen unserer bewegten Gegenwart zu erfassen bestrebt ist wird selbst verwöhnten Anforderungen gerecht werden
Aus diesem Inhalt heben wir unter anderm die folgenden Beiträge hervor:
Das Wahlrecht der Frau. — August Bebel. — Die Frauen und der Friede. — Hast Du niemals Heimweh? — Ihr Leben war Liebe. — Frauen in der Gewerkschaftsbewegung. — Mütter und Arbeiterjugend — Die Frau als Staatsbürgerin. — Die Volksfürsorge. — Vom Arbeiterinnenschutz. — Die Versorgung der Kriegshinterbliebenen. — Der Erlösungsgedanke im Sozialismus. — Neue Haushaltformen. — Der gute Geschmack im Hause. — Gute und schlechte Bücher. — Ferner gute Unterhaltungsliteratur; Novellen, Sprüche, Gedichte usw.
Preis Mark 8.—
Buchhandlung der Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27.

Unwiderruflich
nächste Woche
Ziehung
(18.—24. August 1921)
der großen Wohlfahrts-
Geld-Lotterie
600 000 Lose, 26 673 Gew. von zusammen
1 Million Mk.
Hauptgewinne
100000 Mk.
80000 „
70000 „
usw.
Original-Lose à 6,50, keine Schwindel-Anteil-Scheine offeriert solange Vorrat
Glücks-Kollekte
Richard Meye,
Anspach Nachf.,
Ob. Leipzigerstr. 46.
Durch Post Los mit Porto u. Liste 8 Mk., Nachn. 50 Pf. mehr, 10 Lose versch. Taus. mit Liste 66 Mk.

Otto Katzula's Tuchhdlg.
Krumpa bei Mücheln.
Anfertigung feinerHerren- und Damen-Garderobe. Mod. Formen, gute Arbeit. Garantiert guter Sitz.

Dauerhafte
Brieftaschen
in prima Leder und allen Preislagen sehr preiswert.
Hugo Krasemann,
Lederwaren-Spezial-Geschäft
nur Schmeerstr. 19.

„Warm zu empfehlen ist Zucker's Patent-Medizinal-Seife gegen unreine Haut, Mitesser,
Pickel
Knötchen, Pusteln usw. Spezialarzt Dr. A." • Dazu Zuckooh-Creme (nicht fettend u. fetthaltig). In allen Apoth., Drogerien, Parfümerie- u. Festeugeschäften erhältlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210815-18/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter-Jugend. Unser nächster Spielabend findet morgen, Dienstag, auf der Peißnitz statt. Auf eine rege Beteiligung legen wir großen Wert. Der Vorstand.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 15. August 1921.

Ladenschluß und Geschäftszeit für offene Geschäfte.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Trotzdem der für allgemein verbindlich erklärte Tarifvertrag für die kaufmännischen und technischen Angestellten in Halle a. S. und Vororte im § 4 ausdrücklich vorsieht, daß die Geschäftszeit für offene Geschäfte von 8—6 Uhr mit zweistündiger Mittagspause zu gelten hat, richten sich die Inhaber der Lebensmittelgeschäfte nicht nach dieser Abmachung. Für die Angestellten dieser Branche kommt nun aber durch den 7 Uhr-Ladenschluß nicht nur eine Beschäftigung bis 7 Uhr abends in Frage, sondern man kann in vielen Fällen die Beobachtung machen, daß durch Aufräumungsarbeiten und Abrechnungen die Arbeitszeit noch bedeutend überschritten wird. Das, was der für verbindlich erklärte Tarif über Arbeitszeit geschaffen hat, kommt für die Angestellten in der Lebensmittelbranche nicht in Frage. Wenn andere ins Freie wandern, in die Versammlung gehen, um sich aufzuklären, in welcher rücksichtslosen Art und Weise das kapitalistische System an den Arbeitnehmern Ausbeutung übt, da stehen in den Lebensmittelgeschäften die Angestellten hinter dem Ladentisch. Nur ein Geschäftsbetrieb macht eine rühmliche Ausnahme, das ist der Allgemeine Konsum-Verein Halle. Wenn auch die Konkurrenzgeschäfte des Konsumvereins bis abends 7 Uhr offen haben, so ist er doch den freigewerkschaftlichen Grundsätzen, den Angestellten Zeit zur Freude an Sonne und Natur zu geben, seine Filialen nach wie vor um 6 Uhr zu schließen, treu geblieben. Dies sollte aber alle Arbeitnehmer, Kopf- und Handarbeiter, Veranlassung geben, unbedingt Mitglied des Konsum-Vereins Halle zu werden. Das geringste Verlangen, das man aber an sämtliche Arbeitnehmer stellen kann, besteht darin, daß man in Geschäften, die nach 6 Uhr offen haben, nichts kauft. So unterstützt man die Angestellten in ihrem Kampfe für den 6 Uhr-Ladenschluß, so unterstützt man auch den sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates, der kürzlich beantragt hat, das Plenum möge beschließen, daß die Reichsregierung auf schnellstem Wege durch eine entsprechende Aenderung der Bestimmungen des § 139 f der Reichsgewerbeordnung den Gemeinden die Möglichkeit gebe, durch ortsstatutarische Vorschriften einen früheren als den 7 Uhr-Ladenschluß herbeiführen zu können.

Gleichzeitig machen wir alle Angestellte, die zu einer längeren als regelmäßig achtstündigen Arbeitszeit herangezogen werden, darauf aufmerksam, daß die regelmäßige achtstündige Arbeitszeit gemäß der Verordnung vom 18. März 1919 unbedingt innezuhalten ist und sich alle die, auch die Arbeitnehmer, die dieser Vorschrift zuwider handeln, sich nach § 18 der Verordnung strafbar machen. Sämtliche Ueberschreitungen der regelmäßigen achtstündigen Arbeitszeit bitten wir dem Zentralverband der Angestellten, Halle, Harz 42/44, Zimmer 19, bekannt zu geben.

Der Bundestag des Radfahrbundes „Solidarität"

brachte neben der Tagung im „Volkspark", wo die Delegierten zur Debatte über die beiden letzten Bundesjahre zusammentraten, einen Festzug, zu dem leider der Wettergott ein beständig drohendes, launisches Gesicht machte, der aber trotzdem eine imposante Illustration des aufblühenden Arbeitersports war. Tausende, Männer und Frauen, waren mit ihren Rädern herbeigeeilt und trotzten der unwilligen Natur. Der Festzug brachte entzückende Gruppenbilder. Die Stadt stand nach am späten Nachmittage im Zeichen des Bundestages. Blumengeschmückte Räder in allen Straßen — für die Bourgeoisie ein Zeichen, daß auch der Arbeiter sich auf seine sportliche Sendung besinnt und in echtem Solidaritätsgefühl aufwärts strebt.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen im Handels- und Transportgewerbe

nahmen in einer am 12. d. M. im Volkspark stark besuchten öffentlichen Versammlung Stellung zu der von der Verbandsleitung des Deutschen Transportarbeiterverbandes eingeleiteten abermaligen Lohnbewegung. Nach einem einleitenden Vortrag über die neue Teuerungswelle und ihre Begleiterscheinungen setzte eine lebhafte Diskussion ein, in welcher durchgehend zum Ausdruck gebracht wurde, daß die neuen Teuerungsverhältnisse die gesamte werktätige Bevölkerung auf den Plan rufen müsse. Nachstehend eingebrachte Entschließungen wurden zum Schluß der Versammlung ohne Widerspruch gutgeheißen. Die erste derselben lautete wie folgt: Die Versammelten sprechen sich mit aller Entschiedenheit gegen die erneut einsetzende weitere unsinnige und wahnwitzige Wertteuerung aller zum Lebensunterhalt nötigen Bedarfsartikel aus. Des weiteren verurteilen sie die Maßnahmen der Reichsregierung und der gesetzgebenden Körperschaften in bezug auf die die arbeitende Bevölkerung aussaugende Steuerpolitik. Angesichts dieser Sachlage bringen die Versammelten zum Ausdruck, daß die eingeleitete Lohnbewegung eine unbedingte Notwendigkeit war und daß die gestellte Forderung in Höhe von 50 % Aufschlag auf die gegenwärtigen Tariflöhne und sonstigen Tarifbezüge mit allem Nachdruck zur Durchführung zu bringen ist. Sollten die Verhandlungen der Lohnkommission mit dem Arbeitgeberverband nicht innerhalb kurzer Zeit zu einem greifbaren Resultat führen, so ist ungesäumt der gesetzliche Schlichtungsausschuß anzurufen, um eine Entscheidung in der Sache zu fällen. Sollte auch dessen Entscheidung keine den Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung bringen, so ist dieselbe mit der Arbeitsniederlegung zu erzwingen. Ueber das letztere Mittel beschließen endgültig die Mitglieder des D. T. A. V., die für diese Bewegung in Frage kommen. — Die andere Entschließung hatte folgenden Wortlaut: Die heutige öffentliche Versammlung der Handels- und Transportarbeiter fordert vom hallischen Ortskartell die schleunige Einberufung einer Betriebsrätevollversammlung zwecks Stellungnahme zu der Verteuerung der Lebensmittel usw. Darüber hinaus wird das Ortskartell beauftragt, seinen Einfluß als im Bezirk größtes Kartell beim Bezirkskartell geltend zu machen zur Einberufung einer Betriebsrätekonferenz für die dem Halle-Merseburger Bezirkskartell angeschlossenen Orte. Die Versammlung erwartet von den sozialistischen Tageszeitungen die Bekanntgabe der unternommenen Schritte. — Eine Tellersammlung zugunsten der Russenhilfe ergab rund 125 Mark. Leider wurde der Verlauf der Versammlung durch eine Anzahl radaulustiger unverantwortlicher Elemente erheblich gestört, und es bedurfte erst der Mahnung von kommunistischer Seite, um diese die gesamte Arbeiterbewegung schädigenden Personen in ihre Schranken zu verweisen.

Beiträge und Leistungen für die Invalidenversicherung.

Das Gesetz über die anderweite Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung vom 23. Juli 1921 erhält u. a. die folgenden wichtigen Bestimmungen:

Die Versicherten werden nach der Höhe eines Jahresverdienstes

bis zu 1000 M.	der Klasse A	mit			350	Pfg.	Wochenbeitrag,
„ „ mehr als	1000 bis zu	3000	Mk.	der Klasse B	mit 450	„	„
„ „ „	3000 „ „	5000	„	„ C	„ 550	„	„
„ „ „	5000 „ „	7000	„	„ D	„ 650	„	„
„ „ „	7000 „ „	9000	„	„ E	„ 750	„	„
„ „ „	9000 „ „	12000	„	„ F	„ 900	„	„
„ „ „	12000 „ „	15000	„	„ G	„ 1050	„	„
„ „ „	15000 „			„ H	„ 1200	„	„

zugeteilt und zwar unmittelbar, nicht mehr unter Zugrundelegung des Grundlohnes der Krankenkassen.

Witwengeld und Waisenaussteuer fallen weg, dagegen werden Witwen-, Witwer- und Waisenrente nach wie vor gewährt.

Für Renten, welche vor dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen festgesetzt worden sind, werden die bisherigen Erhöhungen weitergezahlt. Neufestzusetzende Invaliden-, Alters-, Witwer- und Witwenrenten werden um jährlich 600 Mk., Waisenrenten um jährlich 300 Mk. erhöht.

Die neuen Bestimmungen treten am 1. Oktober 1921 in Kraft.

Beihilfen aus der Angestelltenversicherung.

Nach dem Gesetz über Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 23. Juli 1921 wird vom 1. Januar 1921 ab als Beihilfe gewährt: a) den Empfängern von Ruhegeld monatlich 70 Mk., b) den Empfängern von Witwen- und Witwerrente monatlich 55 Mk., c) den Empfängern von Waisenrente monatlich 30 Mark.

Vom 1. August ab ist die Versicherungsgrenze von 15 000 auf 30 000 Mk. erhöht worden und den bisherigen Gehaltsklassen sind hinzugefügt:

Kl. K	von mehr als	5000	bis	10 000	M. monatl.	Beitrag	38,20 M.
„ L	„ „ „	10 000	„	15 000	„	„	40,— „
„ M	„ „ „	15 000	„	30 000	„	„	45,— „

Sondergericht.

Aufgehaltener Pulverwagen. — Wieder ein Massenprozeß.

Auf eine Weisung des Aktionsausschusses ging der Angeklagte Walter Rohkohl aus Helfta während der Ostertage mit zwei anderen Aufständischen zum Landjäger und forderte von diesem die Herausgabe seines Karabiners und seines Dienstrevolvers. Rohkohl und seine beiden Begleiter waren unbewaffnet. Den Karabiner belegte einer der anderen mit Beschlag, den Revolver nahm der Angeklagte an sich. Seine Mutter hat diese Waffe einige Tage später wieder abgeliefert. Als Rohkohl zum Landjäger ging, soll er auch den Feldhüter Münch stark bedroht haben. Bei seiner Angeklagte kriegsbeschädigt und außerordentlich leicht erregbar, sodaß er für seine Taten nicht in vollem Maße verantwortlich gemacht werden kann, wenn er auch — wie der Sachverständige ausführte — nicht unzurechnungsfähig ist.

Der Staatsanwalt erblickt in seinem Verhalten schweren Landfriedensbruch, Anschluß an einen bewaffneten Haufen und Aufruhr und beantragt angesichts des Geisteszustandes des Angeklagten 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilt Rohkohl zu 9 Monaten Gefängnis, rechnet ihm aber 4 Monate Untersuchungshaft an und beschließt Haftentlassung und Strafaussetzung für die Reststrafe.

Die Angeklagten Boost, Nether, Max Brill, Franke, Medoritz, Tänzler, Gustav Prill, Hennig, Winkler, Henze und Münnich haben einen nach Halle bestimmten Pulverwagen gemeinsam aufgehalten. Boost war Mitglied des Aktionsausschusses und gab hierbei den Ton an. Da der Wagen für die Schupo bestimmt war, sollte der Transport des Pulvers verhindert werden. Henze fungierte außerdem in Landsberg als Gruppenführer der Aufständischen, Nether verrichtete Meldedienste für den Aktionsausschuß. Das Gericht betrachtete die Verhandlung als einen besonders „ernsten Fall", der schwere Folgen hätte nach sich ziehen können und verurteilte Boost zu 2 Jahren Gefängnis, Nether zu 1 Jahre 6 Monaten Gefängnis, Max Prill zu 1 Jahre Gefängnis, Franke zu 1 Jahre Gefängnis, Medowitz zu 2 Jahren Gefängnis, Tänzler zu 2 Jahren Gefängnis, Gustav Prill zu 1 Jahre Gefängnis, Hennig zu 6 Monaten Gefängnis, Winkler zu 6 Monaten Gefängnis, Henze zu 1 Jahre Gefängnis und Münnich zu 6 Monaten Gefängnis. Bei den Angeklagten Hennig, Winkler und Münnich soll gerüft werden, ob sie einer bedingten Strafaussetzung würdig sind.

Der Angeklagte Kurt Richter aus Kottbus wurde bei einer Hallescher Firma unverschuldet arbeitslos, erhielt aber als Auswärtiger keine Arbeitslosenunterstützung und bekam in dieser Notlage die Märzaufrufe der V. K. P. D. zu Gesichte. In begreiflicher Verbitterung schloß er sich den Aufständischen an, zog nach Teutschenthal, bekam dort ein Gewehr und war außerdem als Meldefahrer tätig.

Das Gericht gab in der Urteilsbegründung an, die Notlage des Angeklagten und sein freimütiges Bekenntnis berücksichtigen zu wollen und verurteilte ihn unter „Zubilligung mildernder Umstände" zu 1 Jahre 6 Monaten Gefängnis!! Dieses Urteil wird bei jedem besonnenen Menschen, gleich welcher Partei er angehört, nur Befremden und Kopfschütteln erregen!

Pferderennen in Halle.

Der gestrige Renntag des hiesigen Rennvereins stand unter einem unglücklichen Stern. Die kurz vor Beginn der Rennen niedergehenden Wassermengen hatten den Platz zwischen Tribüne und Ställen in einen Morast verwandelt, der sich als ein Verkehrshindernis erwies und den Aufenthalt auf der Bahn denkbar unangenehm machte. Trotzdem war der Besuch noch verhältnismäßig stark. Das tiefe Gelände blieb naturgemäß nicht ohne Einfluß auf den Ausgang der einzelnen Rennen, sodaß Ueberraschungen nicht ausblieben. Im zweiten Rennen zahlte der Toto 2. B. 342:10 Sieg, eine recht ansprechende Quote für die glücklichen Gewinner. Die Ställe hatten eine stattliche Anzahl von Pferden aufgeboten, sodaß es mehrfach sehr starke Felder gab.

Nachstehend die Ergebnisse:

1. Preis vom Petersberg. Herrenreiten 2600 Meter. 15 000 Mark. 1. Dalai Lama. 2. Hagelschlag. 3. Orta. Tot.: 193:10 Sieg, 45, 30:10 Platz. Ferner lief Escadron.

2. Harferrennen. 900 Meter. 15 000 Mark. 1. Bavaria (Kalif), Gardenia (Kaiser) totes Rennen. 2. Massary (Oleinik). 3. Jessy (Sachmeier). Tot.: 342/11:10 Sieg, 13 Platz. Ferner liefen: Garderobe, Theobald, Paria, Ritter Blaubart, Ravenna.

3. Jünger-Hürdenrennen. 2600 Meter. 18 000 Mark. 1. Landsmann (Kuhnke). 2. Mokan (Buchholz). 3. Rose Marie (Kukulies). Tot.: 26:10 Sieg, 20, 29 Platz. Ferner: Silbertaler, Lanze, Hasenfuß.

4. Preis von Thüringen. 1200 Meter. 35 000 Mark. 1. Immergrün (Bengel). 2. Wolfram III (Kaiser). 3. Marotte (Oleinik). Tot.: 26:10 Sieg, 17, 20 Platz. Ferner Young Star, Galerie.

5. Damenpreis-Jagdrennen. 3200 Meter. 15 000 Mark. 1. Bernstein (Bes.). 2. Mein Liebling (v. Keller). 3. Charlens Cousin (v. d. Recke). Tot.: 46:10 Sieg, 14, 12, 14 Platz. Ferner: Primus, Marietta, Seemann, Susanne.

6. Trotbaer Jagdrennen. 4000 Meter. 23 000 Mark. 1. Eiders Trumpf (v. Bottlenberg). 2. Schipper (Stolze). 3. Stella II (Knobel). Tot.: 49:10 Sieg, 20, 14 Platz. Ferner: Pflicht, Violetta (ausgebr.).

7. Gradiß-Rennen. 1600 Meter. 18 000 Mark. 1. Satur (Müller). 2. Friedensritter (Behr) und Naive (Bengel) totes Rennen. Tot.: 36:10 Sieg, 16, 22/20 Platz. Ferner: Maikotten, Sheitani, Bilita, Latona, Stalde.

Neue Vorschriften für die Ausbildung in der Krankenpflege sind vom Minister für Volkswohlfahrt herausgegeben worden. Durch sie wird die bisher einjährige Ausbildung auf zwei Jahre ausgedehnt, um eine vertiefte Schulung der Krankenpflegepersonen zu erzielen. Zu diesem Zwecke sind weiter besondere Bestimmungen über ausreichende theoretische Unterweisung getroffen, die darauf abzielen, daß der Unterricht überall mit der gebotenen Gründlichkeit und von geeigneten Personen erteilt wird. Der Ausbildungsplan und dementsprechend die Prüfungsgegenstände bleiben im allgemeinen dieselben wie bisher, doch soll den ansteckenden Krankheiten, der Tuberkulose und den Geschlechtskrankheiten vermehrte Aufmerksamkeit zugewandt werden. Entsprechend der vor einiger Zeit ergangenen Desinfektionsanweisung soll ferner die Bedeutung der Desinfektion am Krankenbett und der Schlußdesinfektion ausreichend gelehrt werden; auch Säuglings- und Kleinkinderpflege sind mehr wie bisher zu berücksichtigen. In den Prüfungsausschüssen sollen fortan stets zwei praktische Aerzte sitzen. In Aussicht genommen sind ferner Fortbildungslehrgänge in Zeitabständen von etwa fünf Jahren. Es soll erreicht werden, daß in den Krankenanstalten tunlichst nur noch vorschriftsmäßig ausgebildetes Personal beschäftigt wird.

Ein Sturm auf die Bäckereigeschäfte hat in den beiden letzten Tagen der vergangenen Woche eingesetzt. Manche Familien und hier natürlich auch wieder diejenigen, welche über die genügenden Barmittel verfügten, haben sich Brote klafterhoch hingelegt. So kam es, daß viele Brotverkaufsstellen einfach ausverkauft waren. Wer nicht zu diesen Hamsterern gehörte — das Hamstern war allerdings hier recht verständlich — hatte das Nachsehen.

Der Deutsche Verkehrsbund (Abteilungen Postbedienstete, Straßen- und Kleinbahner und Kraftwagenführer), feiert am Sonnabend, den 20. d. M. im Volkspark sein Sommervergnügen, bestehend aus Kinderfest, Blumenverlosung, Gartenkonzert, Umzug, Tanz usw. Beginn des Festes nachmittags 3 Uhr. Eintrittskarten sind bei den Vertrauensleuten, im Werbebüro Dryandenstraße 10 und zum Feste selbst zu haben. An der Kasse erhöhter Preis. Bundesangehörige nebst Familie und Gäste sind willkommen.

Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Pächterversammlung Acker „Wöllberger Flur" am Dienstag, den 16. August abends 8 Uhr in Kurzhals Restaurant in Wöllberg. Zahlreiches Erscheinen erforderlich.

Johann Strauß-Konzert. Morgen abend (Dienstag) gastiert Johann Strauß letztmalig vor seiner amerikanischen Tournee in Halle. Das Konzert findet bei jeder Witterung statt, entweder im Garten oder im Saal. Vorverkauf bei Reinhold Koch, Alte Promenade 1a.

Berichtigung. Die öffentliche Volksversammlung, über die wir am Sonnabend unter Können berichteten, hat nicht dort, sondern in **Alsleben** stattgefunden.

Zum Kreisarzt für den Saalkreis wurde vom Kreisausschuß Frl. Dr. Gertrud Nachmann gewählt.

Ammendorf. Die frühere Munitionsfabrik Beesen wurde für die Gemeinde Ammendorf angekauft. Das Grundstück soll für Wohnungszwecke umgestaltet werden. Es dürften damit über 30 Wohnungen entstehen.

Löbejün. In der am Sonntag, den 7. d. Mts. stattfindenden öffentliche Versammlung referierte Genosse Beyerling-Stuttgart über Steuer- und Ernährungsfragen, womit sich heute das gesamte deutsche Volk zu beschäftigen hat. Redner kennzeichnete in treffenden Worten unsere gegenwärtige sowie zukünftige Lage, die alles andere als rosig ist. Scharf verurteilte er die bekannte Helfferichsche Steuerwirtschaft während des Krieges, wofür uns heute eine Rechnung von etwa 90 Milliarden präsentiert wird. Von verschiedenen kommunistischen Diskussionsrednern wurde unserer Partei der Vorwurf gemacht, daß in Bezug auf das indirekte Steuersystem nichts geschehen sein, um das schaffende Volk von dieser drückenden Last zu befreien. Freilich konnten auch diese Wortführer keinerlei Angaben machen, wie wir von dieser drückenden Last befreit werden könnten und noch viel weniger wußten sie, daß unsere Partei in der Regierung nicht ausschlaggebend ist. Ihr einziges Allheilmittel ist die Anwendung von Gewaltmittel, für die sie auch in dieser Versammlung an die Arbeiterschaft appellierten. Das eine werden doch unsere Herren Kommunisten zugeben müssen, daß die Steuerfrage, die doch aufs allerengste mit der Wirtschaftsfrage verknüpft ist, niemals mit Waffengewalt gelöst werden kann. Auf die persönlichen Anzapfungen eines weiteren kommunistischen Redners einzugehen, lohnt sich nicht, denn sie waren unter aller Kritik. Als unser Genosse in seinem Schlußwort darauf hinwies, daß nur bei einer eventuellen Reichstagsauflösung durch Abgabe des Stimmzettels für die S. P. D. eine Besserung zu erhoffen sei, glaubten die Kommunisten dies berichtigen zu müssen, indem sie meinten, daß dazu nur die KKPD. imstande ist, dies herbeizuführen. Den Beweis hierfür blieben sie aber schuldig. Nachdem ihnen auch dieses widerlegt worden war, wurde gegen 6½ Uhr die sehr interessant verlaufene, wenn auch sehr mäßig besuchte Versammlung geschlossen.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Unter Hinweis auf unsere Bekanntmachung vom 6. Juni 1921 — Nr. 139 der Allgemeinen Zeitung für Mitteldeutschland — bringen wir hierdurch zur Kenntnis, daß der Plan über Aenderung der Fluchtlinie der Straße „Am Johannisplatz" und zwar für die Südseite desselben vor dem Baustellengelände des Bauvereins für Kleinwohnungen, nunmehr förmlich festgestellt worden ist, da Einwendungen nicht erhoben worden sind.

Der festgestellte Plan kann im Tiefbauamt — Wagegebäude, Zimmer 23 — eingesehen werde.

Halle, den 10. August 1921

Der Magistrat.

Vergebung der Maler- und Beschlagarbeiten für die Kleinwohnungen an der Merseburger Straße am 22. August 1921 vorm. 10 Uhr, Rathausstraße 6, Zimmer 106. Verdingungsunterlagen sind vormittags im Zimmer 125 zu haben.

Halle, den 13. August 1921.

Städtisches Hochbauamt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210815-18/fragment/page=0005

Provinz und Umgegend.

Die Umlegung der Getreidelieferung im Regierungsbezirk Merseburg.

In Anwesenheit des Herrn Oberpräsidenten und unter Leitung des Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg fand am gestrigen Freitag im hiesigen Landratsamte eine Sitzung statt, die sich mit der Verteilung der vom Regierungsbezirk Merseburg aufzubringenden Umlage an Brotgetreide beschäftigte. Geladen waren die Landräte des Regierungsbezirkes, Vertreter der Landwirtschaftskammer, der Organisation der Landwirte sowie der landwirtschaftlichen Arbeiter. Erschienen waren 60 Personen.

Nach einleitenden Bemerkungen des Vorsitzenden über den Zweck der Versammlung erstattete Oberregierungsrat Moritz, Magdeburg, Bericht über die in der Angelegenheit erfolgten Vorberatungen und Beschlussfassungen. Die Provinz Sachsen ist mit einem Liefersoll von 3057648 Doppelzentnern die am stärksten belastete preußische Provinz. Auf den Hektar entfallen durchschnittlich 4,2 Doppelzentner. Von der zu liefernden Menge entfallen auf den Regierungsbezirk Magdeburg 1 359 959 Doppelzentner, auf den Regierungsbezirk Merseburg 1 425 624 Doppelzentner, auf den Regierungsbezirk Erfurt 272 075 Doppelzentner. An diesen Verteilungsziffern läßt sich nichts mehr ändern. Nach wiederholten Beratungen ist dann das Liefersoll des Regierungsbezirks Merseburg auf die einzelnen Kreise derart verteilt worden, daß nach Möglichkeit eine gerechte Verteilung erstrebt worden ist. Die Kreise brauchen nur 95 Prozent des ihnen auferlegten Liefersolls abzuführen. Die restlichen 5 Prozent müssen zwar gleichfalls erhoben, können aber zur Deckung von Ausfällen im Kreise verwandt werden. Außerdem ist es den Kreisen gestattet, noch weitere 5 Prozent über das vorgeschriebene Liefersoll zu erheben. Die Landesreserve beträgt 90 000 Tonnen, die zunächst den Grenzprovinzen zugute kommen sollen.

Nach längerer Aussprache, in der von Vertretern einzelner Kreise über zu harte Belastung Beschwerde geführt worden war, wurde der vorgetragene Verteilungsplan auf die einzelnen Kreise anerkannt. Von der Bildung eines Reservefonds für den Regierungsbezirk wurde Abstand genommen, da nicht alle Kreise sich daran beteiligen können. Nach dreistündiger Beratung wurde nach einem kurzen Schlußwort des Oberpräsidenten, in dem er zu treuer Pflichterfüllung im Interesse der Wiederaufrichtung unseres Landes aufgefordert und seiner Befriedigung über den erfolgreichen Verlauf der Sitzung Ausdruck gegeben hatte, durch den Vorsitzenden Herrn Regierungspräsidenten v. Gerstorff die Sitzung geschlossen.

Der Flurschutz in den Mansfelder Landen,

war des öfteren schon Gegenstand von Betrachtungen in der „Volksstimme". Er erfreut sich unsererseits einer in jeder Hinsicht sehr ernsten Beobachtung. Wir kennen unsere Landwirte und glauben gern, daß nicht alle in den Topf einer sogenannten Aggressionspolitik zu werfen sind. Wir haben aber mit Erschrecken bei Gelegenheit von Verhandlungen und sonstigen Gesprächen eine geradezu unglaubliche Weltfremdheit und einen Haß auf alles, auf das der Name Arbeiter paßt, feststellen müssen, daß uns, offen gestanden, eine förmliche Gänsehaut befallen hat. In solche Hände, die von derartigen Imponderabilen triefen und solcher geistigen Leitung unterschen, dem Selbstschutz gerecht, eröffnet sehr betrübliche und beunruhigende Aussichten. Von diesem Gesichtswinkel ist auch der an dieser Stelle am Freitag veröffentlichte Aufruf zu betrachten.

Am gestrigen Freitag, einem öden Regentage, hat nach längerer, durch Ferien bedingten Abwesenheit der Herr Landrat des Mansfelder Seekreises den Eisleber Boden wieder betreten. Wir widmen ihm diese Zeilen als Begrüßung, die allerdings einen recht sonderbaren Geschmack haben, dafür aber, wenn der Sinn derselben als Richtschnur für zukünftiges Handeln dient, Ersprießliches in sich bergen. Wiederholt hat der Herr Landrat betont, objektiv über den Parteien stehend, handeln zu wollen. Wenn ihm ernst mit seinen Versicherungen ist, dann wird er nicht umhin können, nachstehende Verdachtsmomente einer ernsten Prüfung zu unterziehen.

Es besteht begründeter Verdacht, daß sich der Flurschutz, insbesondere im Mansfeldschen, aus ehemaligen Angehörigen der Orgesch und sonstigen verdächtigen Organisationen zusammensetzt.

Es besteht ferner begründeter Verdacht, daß besagter Flurschutz weit über seine Befugnisse hinausgeht und ihm schon — siehe Augsdorf — Menschenleben zum Opfer gefallen sind.

Es ist erwiesen — siehe Vorgänge bei Helmsdorf —, daß erwähnter Flurschutz außerordentlich provozierend auftritt und förmlich auf ernste Verwicklungen ausgeht.

Es besteht, zusammengefaßt, begründeter Verdacht, daß der Flurschutz im Mansfelder Land seine Zusammensetzung absichtlich nach dem Muster reaktionärer Bestrebungen erfahren hat.

Es dürfte interessant sein, das Ergebnis dieser Nachprüfungen kennen zu lernen.

*

Es ist vor allem sonderbar, daß dieser Flurschutz eine der Uniform der Schutzpolizei ähnelnde Bekleidung trägt, mit modernen Waffen, sogar Leuchtraketen ausgestattet ist. Zur Unterhaltung mag da wohl oftmals ein kleines Brillantfeuerwerk vor sich gehen. Vor einigen Tagen fand die Beschießung eines umstellten Erbsenfeldes statt. Hinterher stellte sich heraus, daß niemand im Erbsenfeld war. Nervosität!!!

Bemerkenswert ist die im Flurschutz verbreitete Ansicht, daß im Herbst die Schutzpolizei aufgelöst würde und — logisch weiter gedacht — vermutlich nach Ansicht dieser schauen Köpfe, sie selbst als Ersatz zu betrachten wären.

Daß solche Erörterungen überhaupt möglich sind, läßt auf mancherlei Schluß folgen. Wir erwarten von unseren Genossen in den Mansfelder Landen, daß sie ferner diesem Flurschutz eingehende Beachtung schenken.

Der Arbeitsmarkt im Merseburger Kreis in den letzten Monaten.

Zu Anfang des 2. Quartals 1921 sahen die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt des Kreises ziemlich trübe aus. Noch immer waren die Folgen des Märzstreiks in allen Industrien zu spüren. Nur langsam erholte sich das Wirtschaftsleben von dem ungeheuren Stoß, durch welchen das gesamte Wirtschaftsleben Mitteldeutschlands lahmgelegt wurde.

Jetzt, nachdem eine gewisse Entspannung der Verhältnisse eingetreten ist und man ruhiger über die damaligen Vorkommnisse sprechen kann, wird uns das ganze Unglück der Märzereignisse erst klarer, übersichtlicher und gefahrdrohender. Noch sind nicht alle Folgen jener unglücklichen Wochen voll beseitigt, und schon hängt der Wirtschaftshimmel wieder voll trüber Wolken.

In den meisten Industrien laufen die Tarife ab. Dem Bestreben der Arbeitgeberschaft, die Löhne abzubauen, wird von seiten der Arbeitnehmer die Forderung: „Aufbau der Löhne", zumindest aber „Stagnierung der jetzigen Löhne" entgegengesetzt. Im Zeichen der Brotpreiserhöhung und der steigenden Indexziffer jedenfalls eine verständliche Forderung. Jedoch besteht begründete Hoffnung, daß die beteiligten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Regelung der strittigen Fragen im Verhandlungsweg finden werden.

Die Einstellungen nach dem mitteldeutschen Streik gingen recht langsam vor sich. Die Direktion des Leunawerkes hatte Richtlinien zur Neu- und Wiedereinstellung herausgegeben, die aber unter dem Druck der Verhältnisse im Laufe der Zeit etwas gemildert wurden.

Mag man dem Werk auch in gewisser Beziehung den ehrlichen Willen an der Beseitigung früherer Mißstände nicht absprechen, so wirkte aber die eine Bestimmung, wonach Arbeiter unter 25 Jahren nicht eingestellt werden durften, nicht gerade beruhigend. Inzwischen ist auch hier eine kleine Reduzierung des Einstellungsalters eingetreten.

Alle diese jungen Leute konnten natürlich nicht sofort in den anderen Industrien untergebracht werden.

Hierzu kam noch die Abneigung der Arbeitgeber, die arbeitslosen Leunaarbeiter einzustellen.

Infolge der täglich sich mehrenden Wiedereinstellungen und der damit zusammenhängenden Ueberlastung des Büropersonals wurden natürlich auch völlig Unschuldige von der Wiedereinstellung ausgeschlossen. Selbst der widerlichsten Denunziationen konnte sich die Leitung nicht erwehren.

So konnte es kommen, daß die Zahl der durch die Erwerbslosenfürsorge Unterstützten sterig zunahm. Während bis vor dem Streik die Stadt Merseburg fast keine Unterstützung für diese Zwecke in Rechnung zu stellen brauchte und der Kreis ebenfalls im ganz geringen Umfange Geldmittel für Erwerbslose benötigte, steigerte sich die Zahl der Unterstützungsempfänger z. B. in der Woche vom 16. bis 22. Juni 1921 auf 495.

Von Woche zu Woche war aber dann eine Besserung zu konstatieren. Der Widerstand der Arbeitgeber in der Einstellung der Leunaarbeiter wurde geringer. Die Bautätigkeit hob sich, wohl infolge der günstigen Witterungsverhältnisse. An Baufacharbeitern, Maurern, Zimmerern, Malern usw., ist zurzeit sogar ein Mangel vorhanden.

Die Braunkohlengruben des Geiseltales sind gegenwärtig voll belegt. Die Einstellung weiterer Arbeiter scheitert gewöhnlich an der Wohnungsfrage.

Ebenfalls infolge der einsetzenden warmen Witterung konnten die Brauereien eine größere Anzahl Leute einstellen. Einigen 150 Frauen wurde dadurch Arbeitsmöglichkeit verschafft.

Mit mehr oder weniger Erfolg wurde von uns versucht, auswärtige Landarbeiter heranzuziehen. Die Abneigung gegen die landwirtschaftlichen Arbeiten ist schon zu oft erörtert worden und braucht darum hier nicht näher untersucht zu werden.

Die Geschäftslage in der Metallindustrie war nicht besonders gut. Die Belegschaften in den Betrieben blieben konstant. Arbeiter konnten darum nur wenig vermittelt werden.

Es konnten vermittelt werden: Im Mai 94 Männer, 117 Frauen, im Juni 1357 Männer, 68 Frauen, im Juli 1821 Männer, 81 Frauen.

Weißenfels. Arbeiter-Schachklub. Am Dienstag Abend, 7 Uhr, findet im Volkshaus Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung statt, zu der alle Mitglieder erscheinen müssen. Gleichfalls werden zu dieser Versammlung alle diejenigen Arbeiter eingeladen, die Schachspieler sind oder es werden wollen, sich aber unsere Ortsgruppe noch nicht angeschlossen haben. Spielabend jeden Dienstag und Sonnabend im Volkshaus.

Zeitz. Oeffentl. Versammlung. Am Mittwoch, den 17. Aug., spricht im Schützenhaussaale der Genosse Stüdlen-Berlin, über das hochaktuelle Thema: „Brotverteuerung und neue Steuervorlagen". Genossen und Genossinnen! Es ist eure Pflicht, zu dieser Versammlung in Freundes- und Bekanntenkreisen zu werben, daß diese Versammlung, schon der wichtigen Tagesordnung halber, zahlreich besucht wird. Es gibt wohl in der jetzigen Zeit keine anderen Punkte, die die werktätige Bevölkerung gerade so interessieren müßten als diese.

Sangerhausen—Mansfelder See- und Gebirgskreis.

Der Arbeitsmarkt im Juli.

Bericht des Arbeitsamtes Eisleben.

Die infolge der erhöhten Bautätigkeit und des starken Bedarfs in der Landwirtschaft im verflossenen Monat hervorgerufene günstige Lage des Arbeitsmarktes hielt auch während der ganzen Dauer des Berichtsmonats an. Die Tätigkeit des Arbeitsamtes war daher eine lebhafte, und fand in zahlreichen und festen Vermittlungen ihren Ausdruck.

Der Verkehr in der landwirtschaftlichen Abteilung war äußerst rege. Die Nachfrage nach jüngeren, ledigen, landwirtschaftlichen Arbeitskräften stieg infolge der begonnenen Ernte beträchtlich, konnte aber durch das in gleicher Höhe beim Arbeitsamt angemeldete Angebot ausgeglichen werden. Die Unterbringung von Verheirateten war mit gleichen Schwierigkeiten verbunden, wie in den Vormonaten. Die Nachfrage nach hiesigen Frauen und Mädchen setzte erst am Ende des Monats ein. Die Vermittlung gestaltete sich äußerst schwierig, weil die in Betracht kommenden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft durchwegs Beschäftigung gefunden hatten und neue brauchbare Arbeiterinnen erst ausfindig gemacht werden mußten. Ferner beantragten Ende des Monats mehrere Besitzer die Zuweisung von Kindern. Da der Bedarf an deutschen Wanderarbeiterinnen nicht gedeckt werden konnte hat sich eine Anzahl von Arbeitgebern für die Einstellung von Burschen entschieden. Die Belieferung einzelner Arbeitsstellen mit Burschen aus dem Vogtlande hat begonnen und war bei Abschluß des Berichts zur fortgeschritten; weitere Aufträge liegen vor.

Auch in der gewerblichen Abteilung hielt die allgemeine Besserung der Arbeitsmarktlage im Berichtsmonat durchweg an.

Der Bergbau war gut beschäftigt. Die Vermitlung erstreckte sich in der Hauptsache nur auf gelernte Bergarbeiter und ältere, kräftige Leute, die für die schwere Bergarbeit selbstverständlich nur in Frage kommen. Der Bedarf konnte nicht restlos gedeckt werden.

Im Metallgewerbe lagen die Verhältnisse günstiger als in den Vormonaten. Mehrere Schlosser, Schmiede und Klempner konnten vermittelt werden; verschiedene Schmiede- und Klempnerstellen blieben noch unbesetzt. Der angemeldete Bedarf an Maurern, Zimmerern, Malern, Anstreichern und Schneidern wie auch Geschirrführern und jüngeren Hausburschen konnte nicht gedeckt werden. Trotzdem eine Anzahl Maurer aus Stettin und Sangerhausen vermittelt wurden, werden noch immer etwa 40 Maurer verlangt. Im Handelsgewerbe hatten wir einige gute Erfolge zu verzeichnen. Durch unsere Bemühungen gelang die Unterbringung 3 stellenloser Junglehrer in Büros. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß zu den Aufgaben des Arbeitsamtes nicht nur die Vermittlung von Stellen der handarbeitende Berufe gehört, sondern daß es auch den Ausgleich von Angebot und Nachfrage in den Angestelltenberufen tatkräftig leistet. Es bedient sich hierbei der beim Landesarbeitsamt in Magdeburg eingerichteten Vermittlungsstelle für Angestellte, die für die ganze Provinz regelnd wirkt. Auch für technische Angestellte wird vom Arbeitsamt die örtliche und vom Landarbeitsamt die zwischenörtliche Vermittlung ausgeführt. Formulare zur Benutzung dieser Vermittlungsstelle sind beim hiesigen Arbeitsamt erhältlich, wie auch sämtliche Gesuche an uns einzureichen sind.

Für Aushilfsarbeiter bot sich genügend Arbeit als Birnenpflücker.

Die Vermittlungen in der Abteilung für Kriegsbeschädigte und Erwerbsbeschränkte ergaben im Berichtsmonat ein sehr günstiges Bild. Es war möglich, 25 Kriegsbeschädigten einen dauernden, der Art ihrer Verletzungen entsprechenden Arbeitsplatz zu verschaffen. In einigen Fällen glückte sogar die Unterbringung Verheirateter. Auch gelang es, den in der Provinz Berichten erwähnten Zigarrenmachern, welche vorübergehend Beschäftigung bei den Riebeck'schen Montanwerken gefunden hatten, dauernde Arbeit in ihrem Beruf zu vermitteln.

Im Berufsamte sprachen schon vereinzelt Jugendliche zur Berufsberatung und Vermittlung einer Lehrstelle für Ostern 1922 vor. Einige Vermittlungen konnten bereits schon getätigt werden.

In der weiblichen Abteilung ging die Nachfrage nach Hauspersonal für Privathäuser infolge der Ferien und Reisezeit etwas zurück, wohingegen der Bedarf solcher Kräfte für das Gastwirtsgewerbe und an Mägden für Haus- und Stallarbeit stieg. Im Verhältnis zu den Vormonaten konnten wir bei letzteren eine besonders gute Vermittlungssziffer erzielen, da 1 Mamsell und 11 Mädchen hierfür gewonnen werden konnten. Für städtische Haushaltungen wurden 58 Dienstmädchen und für gewerbliche Betriebe 25 Arbeiterinnen vermittelt.

Das günstige Vermittlungsergebnis drückte sich prägnant in der Ziffer der Erwerbslosen-Unterstützungsempfänger aus. Während im Stadtkreise nur 3 männliche Personen Unterstützung erhielten, darunter 2 Schwerkriegsbeschädigte, ging die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger im Seekreise auf etwa 10 herab.

Eisleben. Bericht des Wohnungsamtes vom Juli. Am 31. Juli 1921 waren 917 Wohnungssuchende vorgemerkt. In der Zeit vom 1. bis 31. Juli wurden 58 Vormerkungsanträge gestellt. In eine Wohnung eingewiesen wurden 35 Personen, von denen 30 die Wohnung bezogen. 13 Wohnungen wurden als frei angemeldet und 3 Wohnungen durch Beschlagnahme erfaßt. Durch Errichtung von Not- oder Behelfswohnungen wurden 6 Wohnungen mit 16 Räumen geschaffen. In 3 Fällen erfolgten Straferkenntnisse mit einer Gesamtstrafe von 270 Mk. Im Berichtsmonat wurden 1510 Fälle an Ein- und Ausgängen und mündlicher Verhandlung erledigt. Besichtigungen und Prüfungen der Wohnungen fanden in 92 Fällen statt. Eine Besserung der Lage des Wohnungsmarktes in absehbarer Zeit ist hier ebensowenig wie in anderen Städten zu erwarten.

Bitterfeld—Delitzsch.

Bitterfeld. Bauern, die freiwillig mehr abgeben. Wie der Magdeb. Volksstimme mitgeteilt wird, haben die Landwirte des Kreises Bitterfeld sich freiwillig verpflichtet, statt der im Umlageverfahren abzuliefernden 72 000 Doppelzentner Brotgetreide 75 000 Doppelzentner abzuliefern. Dadurch wird es ermöglicht, daß das Gewicht von 2000 Gramm für das Markenbrot aufrechterhalten werden kann, während es sonst auf höchstens 1900 Gramm ermäßigt werden müßte.

Holzweißig. Oeffentliche Versammlung der S. P. D. Hier sprach der Gen. Baranowski über unsere politische und wirtschaftliche Lage. Er streifte die innere wie äußere Politik und öffnete mit seinem klaren, wohldurchdachten Referat so manchen der Anwesenden die Augen über die eigentlich Schuldigen an verschiedenen Mißhelligkeiten der letzten Jahre. Die „Fachregierung Fehrenbach, die uns fast an den Rand eines neuen Krieges brachte und die „revolutionäre" U. S. P., die am 20. Juni 1920, als es hieß, die Gewalt in die Hand zu nehmen, so kläglich versagte. Er ging dann auch auf die Ereignisse in Rußland ein, und geißelte vor allem den Ueberfall auf die sozialistische Republik Georgien. Leider hab es auch in dieser Versammlung noch „Kommunisten", die dieses Schandmal der neuesten russischen Geschichte noch beschönigten. Der Referent endete mit der Mahnung, daß uns die kommenden schweren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen die Arbeiterschaft geeint finden müssen. In der Diskussion machten einige frühere Oberkommunisten Politik auf eigene Faust. Jedoch stehen diese Leute heute überall allein, trotzdem sie ständig „im Namen des mitteldeutschen Proletariats" reden.

Torgau—Liebenwerda.

Naundorf b. Lauchhammer. Mitgliederversammlung des Ortsvereins der S. P. D. Am 6. August fand unsere diesmonatliche Mitgliederversammlung beim Gen. Wesenigk statt. Die Tagesordnung erledigte sich wie folgt: 1. Gen. Henzeroth berichtete über die letzte Gemeindevertretersitzung. 2. Gen. Rothe gab den Kassenbericht für das 1. Vierteljahr 1921/22. 3. Als Delegierter für die am Sonntag, den 7. August stattfindende Unterbezirkskonferenz wurde Gen. Liepelt gewählt. 5. Gen. Henzeroth hielt alsdann einen Vortrag, den er „Volkswirtschaftslehre und Gesellschaftslehre" betitelt hatte. 5. Es wurden schließlich interne Parteiangelegenheiten besprochen und dem für Falkenberg gewählten Delegierten einige Anregungen mit auf den Weg gegeben.

Aus dem Saalkreis.

Rothenburg. Gründung eines Ortsvereins der Arbeiterjugend. Gestern fand hier ein Jugendfest, veranstaltet von den Ortsvereinen der A.-J. Halle und Merseburg, statt. Die Darbietungen der Jugendlichen fanden allgemeine freudige Zustimmung. Nach einer Festansprache des Gen. K. Garbe wurde zur Gründung einer Ortsgruppe geschritten. Den vorläufigen Vorsitz führt der Gen. Wilhelm Leuchte. Es haben sich bereits 12 Jugendgenossen zur Ortsgruppe zusammengefunden. Weitere Anmeldungen nimmt der Vorsitzende zu jeder Zeit entgegen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Karl Garbe, für den Anzeigenteil Wilhelm Herzig, beide in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210815-18/fragment/page=0006